

SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

18.11.70

DM 2.-

56/57

Bericht über POTERE OPERAIO

(Dieser "Bericht" ist eine Zusammenstellung von Texten, die POTERE OPERAIO in den letzten beiden Jahren veröffentlicht hat. Die Texte in Klammern stellen Zusammenfassungen von uns dar, in denen eine kritische Einschätzung der Positionen von P. O. nicht intendiert ist. Wir setzen damit die mit den "Cahiers de mai" begonnene Vorstellung antirevisionistischer Gruppen im kapitalistischen Ausland fort, die ihre Konzeptionen im Klassenkampf bewähren und entwickeln müssen.) (D. Red.)

Was ist POTERE OPERAIO?

POTERE OPERAIO (Arbeitermacht) ist die Zeitung /der gleichnamigen außerparlamentarischen Gruppierung/, die die politische und theoretische

Arbeit der Neuen Linken Italiens fortführt, welche in den Zeitschriften "Quaderni rossi" begonnen und "Classe operaia" systematisch entwickelt worden war. Ziel dieser Arbeit war der Aufbau einer revolutionären Organisation der Arbeiterklasse in hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Auf dem neuen Stand sozialer Auseinandersetzungen, der durch die Studen-

INHALT

Bericht über P.O. (EPG)	1
Erklärung zum Austritt aus der Kommunistischen Gruppe	13
Zur Verhaftung von Angela Davis (Claussen)	18
Zum Prozeß gegen die Seledad- Brothers (Black-Panther-So- lidaritätskomitee)	20
Revolutionäre Partei und Klasse (Cliff)	23

tendebewegung, vor allem durch den französischen Mai 1968 erreicht worden war, kämpfte P. O. um die politische Zusammenfassung und Organisierung von Arbeiterklasse und Studenten, der in Ausbildung befindlichen Arbeitskraft. Dieser Kampf wurde gegen alle nur antiautoritären Ideologien und die Konzeption aller marxistisch-leninistischen Gruppierungen geführt, die die kommunistische Volksfront-Politik neu beleben wollten.

P. O. hält den vietnamesischen Befreiungskrieg und das Black Movement in den USA für den größten Beitrag zur Wiederbelebung der internationalistischen Initiative der ausgebeuteten Völker der Erde. Andererseits ist für P. O. der Prozeß autonomer Organisation der Arbeiter gegen die Gewerkschaften und die durch sie ausgeübten Kontrolle, gegen die revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien das wichtigste Indiz für die politische und organisatorische Arbeit der revolutionären Linken in Europa; das betrifft die westlichen Länder ebenso wie die sogenannten sozialistischen Staaten. P. O. hat diese politische Linie unter den italienischen Studenten und Arbeitern mit der Zeitung "La classe" vertreten, die darüber hinaus die Aktionen eines großen Teils der Arbeiterkomitees in Italien koordinierte und die Interventionsgruppen für die großen "wilden" Streiks bei Fiat Turin im

Mai und Juni 1969 organisierte.
(Aus: Statement by P. O. on the Jailing of its Editor Francesco Tolin, 13. Dez. 1969)

(Die Zeitung "La classe", die unter dem Motto "Studenten und Arbeiter vereint im Kampf" erschien, wurde nach Beendigung der durch dieses Bündnis gekennzeichneten Phase - was durch und auf dem nationalen Kongreß der Basiskomitees und Arbeiteravantgarden in Turin am 26./27. Juli 1969 zum Ausdruck kam - unter dem Namen "Potere operaio" weitergeführt. Diese Umbenennung bezeichnet den Übergang von spontanen Kämpfen und Organisationsformen zum organisierten Kampf des Proletariats für die Revolution. Ziel der nächsten Phase war die "Organisierung der proletarischen Lösung der Organisation".)

Allgemeine Einleitung: Strategien des Kapitals

Die italienischen Entwicklungsplaner sehen für 1980 für den Süden 3 Mio. Arbeitslose (und zyklische Arbeitslosigkeit im Norden) vor. Gleichzeitig sollen im Süden riesige Summen investiert werden. Die neu entstehenden Fabriken sollen insofern "gesichert" sein, als sie so weit wie möglich automatisiert und damit so weit wie möglich von lebendiger Arbeitskraft unabhängig werden, und das Heer von Arbeitslosen einen so starken Druck auf die Beschäf-

REDAKTION / ABONNEMENTS

Herausgeber und Redaktion: Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogen-Gruppe, Sozialistische Arbeitergruppe, Stadttellgruppe Roter Gallus.

Redaktionsanschrift: (Keine Einschreib-, Paket- und Geldsendungen!)

Sozialistische Correspondenz
6000 Frankfurt/Main 1
Postfach o. Nr.

Die Sozialistische Correspondenz erscheint etwa vierzehntägig. Die Zahl auf dem Umschlag neben der Adresse ist

2

die Nummer, mit der das Abonnement ausläuft. Bestellungen werden nur noch durch Vorausüberweisung auf unser Postscheckkonto: Frankfurt/M. 3131 45, Kontobezeichnung "Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz" entgegengenommen.

Der Preis beträgt einheitlich DM 1, -- (Doppelnummer DM 2, --) im Abonnement und in den Buchhandlungen. In den Städten mit linken Buchhandlungen bitte die SC dort kaufen, damit sich unsere Versandarbeiten in Grenzen halten.

Druck: Eigendruck

Verantwortlich für diese Nummer:

Karin Monte

tigten (und damit Privilegierten) ausübt, daß diese keine oppositionelle Regung am Arbeitsplatz riskieren können.

An diesem Punkt treffen sich die Strategien der Großunternehmen und der Kommunistischen Partei Italiens (PCI).

Die Orte der stärksten industriellen Konzentration im Norden befinden sich in einem Stadium permanenter Mobilisierung:

Turin ist identisch mit Fiat. Für Agnelli (Direktor und Mehrheitsaktionär) arbeiten insgesamt - direkt oder indirekt - ca. eine halbe Million Menschen. Durch einen enormen Anteil am italienischen Gesamtexport und den Aufbau neuer Fabriken im Ausland (z. B. Togliattigrad in der UdSSR) ist der Zusammenhang zwischen Fiat und dem italienischen Staat derart eng, daß nach dem Ausbruch der Streiks im Juli 1969 die Regierungskoalition über der Frage der Art des Vorgehens gegen die Arbeitskämpfe auseinanderbrach.

Mailand ist das größte industrielle Ballungszentrum Italiens mit mittleren und kleinen Fabriken aller Branchen, aber insgesamt etwa 2 Mio. Arbeitern, die sich seit 1969 in permanenter Mobilisierung befinden (Pirelli, Autobianchi, Alfa Romeo).

Porto Marghera (Hafengebiet von Venedig) besteht aus einer riesigen Konzentration chemischer Fabriken, die sich seit den frühen 50er Jahren um die alten metallverarbeitenden Betriebe (Schiffbau) herum ansiedelten. Während des italienischen "Wirtschaftswunders" wurde in diesen Fabriken die Arbeitskraft relativ am stärksten ausgebeutet. Porto Marghera ist jenes Industriezentrum, wo während der vergangenen zehn Jahre die stärksten Fabrikorganisationen außerhalb der Gewerkschaften und der parlamentarischen Parteien, weitgehend durch die Arbeit von P. O., aufgebaut werden konnten.

In ihrer Propaganda gegen die Monopole sagt die PCI, daß die Großunternehmen nur die Ausnahme, nicht die Regel seien, und hat feststellen müssen, daß sie ihre Basis in kleinen und mittleren Betrieben hat, die von einer Organisation auch leichter zu kontrollieren sind

als etwa Fiat, zumal die Arbeiter dort, auf Betriebsebene isoliert, aufgrund der geringeren Relevanz - ökonomisch wie politisch - auch schwerer etwas durchsetzen können. Die PCI ist vor allem dort stark, wo die beginnende Industrialisierung eine Alternative zur bisherigen ökonomischen Lage darstellt. Beispielhaft dafür ist die Situation in Mittelitalien - Emilia, Romagna, Toskana, Umbrien -, wo die PCI ihre Stärke in den kleinen Fabriken, dem Dienstleistungssektor und den Transportbetrieben hat bei einer vergleichsweise Schwäche in den Industriezentren des Nordens.

Als Beispiel der Industrialisierungspläne für den Süden zeigt sich schließlich die Übereinstimmung von PCI- und Regierungsstrategie (und damit die des Monopolkapitals): die "Reform"svorschläge der PCI für die Industrialisierung des Süden empfehlen die Errichtung kleiner, hochindustrialisierter Produktionseinheiten, die eine Aristokratie unter den Arbeitern beschäftigen, und garantieren gleichzeitig, verbunden mit einer genossenschaftlichen Organisation der Bauern, den Unternehmen eine relative Unabhängigkeit von Arbeitskämpfen. In den Gebieten, in denen die PCI an der Kommunalregierung beteiligt ist oder eine "rote" Mehrheit herrscht, ist es ihr gelungen, Modell zu schaffen; die PCI ist damit die einzige KP des Westens, die effektive Erfolge in ihrem Sinn, d. h. durchgeführte Reformen, vorweisen kann - Voraussetzung für diese Reformen ist allerdings politische Ruhe und Stabilität, d. h. vor allem ein ausgeglichener Arbeitsmarkt. Wichtigste Voraussetzung dafür ist für Italien die Fortdauer der Emigration. (Siehe dazu im einzelnen das "linkskapitalistische Machwerk des PCI-Manns Ciranni im Trikont-Verlag, 1970).

Eines der klarsten Beispiele für die Funktion der Emigration und die Tatsache, daß die EWG gleichermaßen Entwicklung und Unterentwicklung, relative und absolute Ausbeutung ausnutzt und für den Zusammenhang von Emigration und Industrialisierung ist die Emigration von Arbeitern aus Mali und dem Senegal nach Frankreich seit Ende der 50er Jahre. Die Massenemigration begann

zu der Zeit, als die formale Unabhängigkeit gewährt wurde und die Grenzen mit den benachbarten afrikanischen Ländern geschlossen wurden. Zu diesem Zeitpunkt begann die französische Industrie, vor allem Auto und Stahl, malesische und senegalesische Arbeiter zu rekrutieren. Sie sollten die politisch unzuverlässigen und sehr mobilen algerischen Arbeiter ersetzen. Die Feindschaft zwischen diesen und den algerischen Arbeitern ist nur Reflex auf die Tatsache, daß die Entscheidung über Investitionen, Entwicklungsprogramme, Arbeitsmarkt und Lohnschichtung in den Händen der multinationalen Konzerne liegt. Investitionen in diesem Teil Afrikas hängen von jeweiligen Trends auf dem Arbeitsmarkt ab, so daß die Möglichkeit, dort zu leben, von der Entscheidung der Kapitalisten hier abhängt.

Regionale Unterentwicklung erwies sich als funktional für die Industrialisierung, nicht etwa nur als Früh- oder Vorstadium der kapitalistischen Entwicklung. Die unterentwickelten gehaltenen Regionen dienen jedoch nicht einfach als Arbeitskräftereservoir und als Lohnkonkurrenz für die entwickelten Gebiete, sondern die geplante Unterentwicklung wird verbunden mit einem Industrialisierungsprozeß in ausgesuchten Gebieten, in denen sozialer Frieden garantiert scheint und damit auch als Entlastung der Kapitalisten in den Gebieten, in denen aktuelle Klassenkämpfe stattfinden.

In der europäischen Linken ist oft zu hören, daß diese Versuche der Kapitalisten Versuche sind, die Arbeiterklasse in die Knie zu zwingen. Hinter dieser Vorstellung verbirgt sich ein bestimmtes Stereotyp von der Zusammensetzung der Klasse: das Stereotyp einer wenig beweglichen und ausgebildeten Arbeiterklasse aus der Zeit, als die führenden Industrien noch die Industrien zur Produktion von Produktionsmitteln waren. Die Arbeitskräfte, die mit der absoluten Exploitationsrate ausgebeutet wurden, stellten eine Gefahr für die Arbeiterklasse und ihre Fähigkeit dar, gegen den europäischen Kapitalismus zu kämpfen. Die Reserve-

armee war daher eine Bedrohung. Die Begründung ist simpel genug: wenn Löhne nur durch den Verkauf der Arbeitskraft zu erhalten sind, bedeutet die Verteidigung des Arbeitsplatzes dasselbe wie die Verteidigung der gegenwärtigen Lohnhöhe. Das Problem der Unterentwicklung wird so dasselbe wie die Verteidigung der gegenwärtigen Lohnhöhe. Das Problem der Unterentwicklung wird so auf das Problem der Neuankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt reduziert, die bereit sind, ihre Arbeitskraft für geringere Löhne zu verkaufen. Diese Konzeption ist nicht nur falsch, sondern auch nicht antikapitalistisch. Sie tut so, als herrsche die Unterentwicklung nicht innerhalb des kapitalistischen Systems, und als wäre das Proletariat keine revolutionäre Kraft und könne auch keine werden, nur weil es noch nicht in die Mauern einer Fabrik eingeschlossen ist. Diese Konzeption ist ein Reflex der Unfähigkeit der europäischen Linken, von einer Defensivhaltung gegenüber der Frage der Löhne und ihrer Bindung an Arbeit und Produktivität loszukommen.

Für eine offensive Strategie der Lohnkämpfe

In den Streiks, die auf den Mai 1968 folgten, drehten sich die Forderungen der Massen um Löhne:

- höheren Lohn, weniger Arbeit
- Lösung der Lohnhöhe von der Arbeitsproduktivität
- Lösung der Löhne von Arbeit überhaupt.

Zusammen mit diesen Forderungen wurde immer die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen erhoben, was in marxistischer Terminologie klarer die Forderung nach einer geringeren Ausbeutungsrate und höheren Kosten des variablen Kapitals ist. Die Lösung der Lohnhöhe von Produktivität faßt die Forderungen, die gegen die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen gerichtet sind, zusammen und gibt die politischen Ziele an, um die sich die Organisationsarbeit innerhalb der Fabriken zu zentrieren hat. Das wichtigste politische Resultat war der fortwährende Druck auf das

nationale Kapital und dessen Fähigkeit, dem Druck zu widerstehen, den die Forderung nach höheren Löhnen darstellt: so daß monetäre Vereinbarungen zwischen den Industrieländern, in denen große Streiks stattfinden, getroffen werden müssen, um die Höhepunkte des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern auszugleichen. Kapitalistische Klassensolidarität zwischen Europa und den USA konnte sich durch die unterschiedlichen Zeitpunkte der Klassenkämpfe erhöhen. Der soziale Konflikt in dem einen Land konnte genutzt werden, um den allgemeinen Klassenzusammenhalt im gesamten kapitalistischen Lager zu verstärken. Die Verschärfung der Konflikte in den einzelnen nationalen Wirtschaften war der Hauptfaktor in der Entwicklung einer internationalen kapitalistischen Klassensolidarität, aber wenn die Kämpfe einen bestimmten Punkt überschreiten, können sie die Solidarität zwischen dem US- und dem europäischen Kapital schwächen. (Daher meint P.O., daß es jetzt darauf ankomme, die Grundlagen für die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklasse zu schaffen, um das Bewußtsein von der Notwendigkeit dieser Kämpfe und schließlich auch die Kämpfe selbst voranzutreiben. Eine Präzisierung dieser Vorstellungen erwarten wir von dem internationalen Seminar in Zürich, zu dem P.O. für Mitte November eingeladen hat.)

Was bedeutet die kapitalistische Klassensolidarität vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus? Sie bedeutet eine solidarische Inflationierung aller Gegenmaßnahmen gegen Lohnerhöhungen und eine solidarische Deflation als Maßnahme gegen eine politisch-gefährlich hohe Beschäftigungsrate. Sie bedeutet Stabilisierung in Form des Arbeitsmarktes zwischen entwickelten und unterentwickelten Gebieten. In dieser Hinsicht war die Politik der multinationalen Unternehmen in den letzten Jahren besonders wichtig. Diese Politik verursachte einen tiefen Einschnitt in der sogenannten nationalen Wirtschaftsstruktur der westlichen Länder: Zwei Phänomene stehen in diesem Zusammenhang zur Diskussion:

1. Die Dezentralisation und Zerstreuung der Arbeitskraft in einem so starken Maß, wie das Kapital sie erreichen kann. Versuch, starke Konzentrationen von Arbeitern zu vermeiden und Auflösung großer Anlagen waren die Politik der größten US-Unternehmen seit dem Ende des zweiten Weltkriegs;
2. einwichtiges Phänomen sind die runaway plants, Produktionsanlagen, die in Gebiete mit geringerem Lohnniveau und großer politischer Ruhe aufgebaut werden.

Jetzt kommt es u. a. darauf an, den Klassenkampf in unterentwickelten Gebieten zu entfalten, bevor der Aufbau von Fabriken und der soziale Frieden durchgeführt sind.

Große Teile der herrschenden Klasse Europas haben dies verstanden. Fiat beispielsweise kann keine Arbeitskräfte aus nicht-EWG-Ländern nach Italien importieren. Ebenso wenig kann es große Fabrikanlagen im Süden Italiens errichten aufgrund der politischen Unsicherheit. Dafür plant es neuerdings eine Fabrik für 5000 Arbeiter in Griechenland, gleichzeitig hat es Citroen übernommen und praktiziert eine äußerst rassistische Politik in den Citroen-Fabriken gegenüber den afrikanischen und südeuropäischen Arbeitern. Daher mußte man sich nach einigen Konflikten, die in Turin nicht mehr zu finden sind, andernorts umsehen.

(Aus: A Wave of Struggles, einer von P.O. herausgegebenen engl. Übersetzung von Stellungnahmen und Analysen vom Mai 1969 - April 1970)

Streiks bei Fiat

(Zu den Fiat-Streiks verweisen wir auf die französische Dokumentensammlung Fiat 1968-Pirelli 1969 und das gleichnamige Buch von W. Rieland, Trikont 1970. Hier ist nur noch einmal hervorzuheben, daß die Forderungen sich zunächst nur um Löhne drehten:)

- weniger Arbeit und sofort mehr Geld, ohne auf die neuen Tarifverträge zu warten; 40-Stunden-Woche;
- die gleichen Lohnerhöhungen für alle, gelernte und ungelernte, Arbeiter und Techniker;

- die gleiche Lohnkategorie für alle. Sofort: Abschaffung der dritten, niedrigsten Kategorie, nach der 60 % der Fiat-Arbeiter entlohnt werden, und Einstufung in die zweite Kategorie: "Jeder Mann kann jede Arbeit tun."
- gleiche Zulagen wie die Angestellten (z. B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgratifikationen, Krankengeld etc.)

Die Gewerkschaften waren einverstanden, die Lohndifferenzen zu verringern, aber nicht damit, das Kategoriensystem abzuschaffen. Und sie wiesen darauf hin, daß es in keinem Land der Welt möglich sei, zwischen den Terminen der Vertragsabschlüsse die Löhne zu erhöhen (die Schwäche der Arbeiterklasse als Argument dafür, daß sie schwach bleiben muß). Schließlich werde die Erhöhung der Lohnsteigerungsrate zum Zusammenbruch der italienischen Wirtschaft führen. Diese Erhöhung wäre nur unter veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes und der Mobilität zwischen Italien und den anderen Ländern möglich. Anders gesagt: zunächst ist langfristig Ruhe und Stabilität im Interesse des Kapitals notwendig. Um die Vorhersehbarkeit der Entwicklung und die Stabilität zu gewährleisten, schlugen die Gewerkschaften Fließband- und Abteilungsdelegierte vor, die Interessen der Arbeiter waren jedoch andere. Ihnen ging es nicht um Band-Delegierte, die einfach überprüfen sollten, ob die Verträge über die Geschwindigkeit der Bänder etc. eingehalten wurden und bei denen die Arbeiter sich beschweren durften. Die Arbeiter aus dem Süden (bei Fiat 80 %) haben keinen traditionellen Stolz auf ihren Arbeitsplatz und auf ihr Können als Fabrikarbeiter. Für sie bedeutete die Arbeit an den riesigen Bändern dasselbe wie keine Chance zu haben, dreißig weitere Jahre die Arbeit überhaupt durchstehen zu können.

Die beiden Parolen "Mehr Lohn, weniger Arbeit" und "Ablösung der Löhne von der Produktivität" waren die am stärksten verbreiteten; wesentlich für ihre Verbreitung und Verstärkung war der 16 Stunden währende Straßenkampf mit der Polizei am 3. Juli 1970.

Die wachsende Differenz zwischen dem, was die Arbeiter forderten und den Forderungen der Gewerkschaften ermöglichte das Eingreifen von P. O. und LOTTA CONTINUA. Diese Gruppen konnten zu Instrumenten der Initiative der Arbeiter werden, weil sie sich nicht als Partei begriffen, die in allem die Führung innehaben muß, sondern als Teile des Instrumentariums zur Erreichung der politischen Aufgabe, eine autonome Klassenorganisation wiederherzustellen. Daß die Arbeiter schließlich einen möglichst schnellen Vertragsabschluß zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten wollten, lag nicht an mangelnder Militanz, sondern daran, daß sie immer weniger Lohn erhielten und eine Unterbrechung der Kämpfe brauchten. Dadurch wurden die Verträge dennoch nicht mehr als zu einem Stück Papier. Die Gewerkschaften hatten nicht nur einen Teil der egalitären Forderungen zu den ihren machen müssen, sondern unter den Arbeitern wurde auch die Erkenntnis verbreitet, daß die einzige Antwort auf die Repression, den indirekten Bruch der Verträge, den sie zu erwarten hatten - Inflation, zunehmende Arbeitslosigkeit, Prozesse gegen die Militanten - in einer neuen Offensive lag. So entwickelten sich auch danach noch ihre Forderungen: in Porto Marghera die nach der 36-Stunden-Woche, in der metallverarbeitenden Industrie die nach der gleichen Lohnkategorie für alle, in der Gummindustrrie die Abschaffung des Stücklohns. Diese verschiedenen Forderungen sind von den Gewerkschaften noch unter Kontrolle zu halten. Was sie aber nicht mehr kontrollieren können, ist ein allgemeiner Kampf, in dem die Forderungen ~~un~~ zusammengefaßt und die Zersplitterung der Arbeiterklasse aufgehoben werden.
(Aus: A Wave of Struggles ..)

Porto Marghera (Venedig)

Porto Marghera ist im Zusammenhang mit Bodenspekulationen der 20er Jahre (Trockenlegung von Sümpfen) entstanden. Zunächst entsteht ein kleiner Bereich traditioneller Metallindustrie (Schiffbau) und eine Glasfabrik (Vetrococo), bis sich im Laufe der 50er Jahre

immer forcierter petrochemische Konzerne dort ansiedeln; diese - Montecatini, Edison und SADE - fusionieren später jedoch technologisch und finanziell. Beiden Arbeitern besteht eine starke Kampftradition (PCI und antifaschistischer Widerstand). Die PCI hat hier nicht nur einen traditionell starken Einfluß, sondern dieser zeigt sich vor allem in der hochentwickelten Form traditioneller Kämpfe, wie z. B. Techniken der Beteiligung, Verbindung von Arbeitern und Angestellten. Dies gilt jedoch nur für ein Viertel der Arbeiter.

Der Rest ist völlig anders. Zwischen 1950 und 1960, als die Zahl der Arbeiter um das Doppelte ansteigt (auf 60,000), setzt eine Landflucht aus den katholischen Dörfern Veneziens ein, die dieses Gebiet in eine Industrielandschaft verwandelt. Der Arbeitskräftebedarf erfordert sogar die Anwerbung auswärtiger Arbeitskräfte, die Porto Marghera zu einem Zentrum der Binnenwanderung - jedoch nicht aus Süditalien, sondern aus Mittelitalien - macht. Die Löhne sind aufgrund von Unternehmerentscheidungen, also nicht gewerkschaftlich erkämpft, sehr viel höher als in anderen Industriesektoren.

P. O., eine Gruppe von ehemaligen Militanten der Arbeiterparteien PCI, PSI (Nenni-Sozialisten) und PSIUP (Proletarische Einheit) in Padua, organisieren sich zunächst um die Zeitschriften "Quaderni rossi" und später "Classe operaia". Sie versuchen, Betriebsinterventionen vorzubereiten und durchzuführen, die zwei Tendenzen haben:

1. die Arbeiterkader in den Fabriken für eine antirevisionistische Diskussion wieder zu interessieren,
2. den Waffenstillstand zu brechen, der mit den Tarifverträgen von 1963 eingegangen worden ist.

P. O. interveniert zunächst in der 1. Zone von Porto Marghera (Hafen und Glasfabrik). Nach dem in den "Quaderni rossi" entwickelten Schema geht P. O. von einer Analyse des Produktionszyklus aus, der Untersuchung der Lage der Arbeit innerhalb dieses Zyklus, der Konfliktmomente und der Polemik gegen die Gewerkschaft, deren

Beschränktheit sie sofort angreift (Systemimmunität) und der sie die Bedürfnisse der Arbeiter entgegensetzt.

1963: die erste Phase der Intervention richtet sich auf die alten PCI- und PSI-Kader, die in eine Krise geraten sind. Ziel der Intervention: systematische, tägliche Aktivitäten. 1964 steht die Sirma (2.000 Arbeiter) vor der Schließung; P. O. versucht, den Kampf auf ganz Porto Marghera auszudehnen. Zum ersten Mal werden die Themen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit angesprochen.

Diese Art der paragewerkschaftlichen Interventionen gerät in den nächsten Jahren in eine Krise, auch durch die Kontakte mit der 2. Zone (Petrochemie). Die Linie wird als ökonomistisch angegriffen, funktioniert aber (Auseinandersetzungen um Lohn, Schädlichkeit der Arbeit etc.). Die Kontroverse geht um "qualifizierende" Ziele: Turiner studentische Genossen, die auf der Linie der "Quaderni rossi" sind, vertreten die Ansicht, daß die Ziele eine "sozialistische" Qualität haben müßten, während P. O. nur die strategische Qualität eines Ziels zählt. Erstmals konstituieren sich Fabrik-Avantgarden (aus Studenten), die im Juli 67 bei Petrochemie einen Streik gegen die Schädlichkeit machen, an dem sich ein Sechstel der Arbeiter nicht beteiligt. Die Diskussion über die Organisation beginnt.

1967/68 geht es um die Abteilungen: Verallgemeinerung der Kämpfe in den Abteilungen um die einheitliche Vorverlegung des Ablaufs der Tarifverträge. Die Verallgemeinerung der Forderungen impliziert immer

1. die Vereinheitlichung der Ziele (z. B. Schädlichkeit etc.) gegen eine bloß abstrakte Solidarität,
2. die Vereinheitlichung der Fabrik-avantgarde mit der Parole einer alternativen Organisation.

Im Frühjahr 1968 beginnen die Gewerkschaften angesichts der Kämpfe die Kampagne für die Produktionsprämien, die bisher nur zwischen Unternehmern und Gewerkschaft geführt wurde, nun aber zum Gegenstand von Kämpfen

wird. P. O. gibt die Parole aus: 5.000 Lire für alle. Das ist nicht nur ein Angriff auf der Ebene der Lohnsumme, sondern ein egalisierendes Ziel im Kampf gegen die Arbeitsorganisation in den Betrieben.

P. O. schaltet sich mit autoritären Thesen in die entstehende antiautoritäre, auf die Probleme ihrer eigenen sozialen Gruppe bezogenen Studentenbewegung ein. Ihre Parolen lauten: "Studenten und Arbeiter vereint im Kampf" oder "Studenten von Padua, vor die Barriere".

Kampfverlauf. Die Parole "5.000 Lire für alle" wird von allen Betrieben in Porto Marghera übernommen (in Versammlungen von Arbeitern und Studenten). Es kommt zu harten Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften und Unternehmensleitungen: Gewerkschaftsfunktionäre werden verprügelt und vertrieben, die Arbeitskammer von Mestre fast angezündet; es wird abwechselnd einen Tag gearbeitet und nicht gearbeitet. Die Aussperrung der Arbeiter führt zu einem Generalstreik in Porto Marghera und zur Besetzung der Eisenbahn; es gibt einen Zusammenstoß mit der Polizei, die die Sache dann fallen läßt.

Das ist das Ende der 1. Phase des Kampfes in Porto Marghera, die sich auf eine antigewerkschaftliche Polemik konzentrierte und bei der die politische Rekrutierung über ökonomische Themen lief.

Jetzt wird das Comitato operaio (Arbeiterkomitee) von P. M. gegründet, das künftig zum Orientierungspunkt für alle Arbeiter von P. M. wird und die politische Linie ausarbeitet; es versteht sich von Anfang an als Leitung und betont den organisatorischen Aspekt.

Es wird nicht gewählt, sondern besteht aus Arbeitern und Studenten, die sich als politische Militante qualifiziert haben und qualifizieren. Das Komitee hat eine klare Hegemonie über die Kämpfe in P. M.. Dafür sind drei Fälle exemplarisch:

1. die totale Blockierung von P. M. wegen der Kämpfe in Avola, die in einer Nacht organisiert wurde

(hier liegen die praktischen Wurzeln für die Entstehung des Konzepts vom "politischen Lohn");

2. der Kampf um die Wiedereinstellung von wegen Sabotage entlassener Genossen durch die Blockierung von der Petrochemie;
3. ein Kampfstreik von 36 Stunden bei Chatillon.

Diese zweite Phase endet durch den Gegenangriff der Gewerkschaften, die versuchen, die Autonomie der Arbeiter unter Kontrolle zu bekommen. Ihre Mittel dazu sind:

1. fortschrittlichere Programme,
2. Kampf- und damit Organisationsformen, bei denen die Entscheidungen der Arbeiter berücksichtigt werden;
3. die Isolierung jeder Organisationsinitiative der Arbeiter in den Betrieben der Avantgarde. Sie akzeptiert die Vorverlegung der Tarifverhandlungen und blockiert danach praktisch jede Initiative der Arbeiter. Am Ende der Tarifverhandlungen - die sehr militant durchgeführt werden -, schlägt die Gewerkschaft Reformen vor. Die Arbeiter lehnen den Vorschlag der Gewerkschaften ab, machen sich aber zu die Thematik der Reform zueigen, die sie umkehren und in das Konzept des "politischen Lohns" verwandeln.

Das ist ein entscheidender Moment. Negativ in dem Sinne, als die Gewerkschaft dem Komitee durch dessen Isolierung die Stoßkraft

Das ist ein entscheidender Moment. Negativ insofern, daß die Gewerkschaft dem Komitee durch dessen Isolierung die Stoßkraft nimmt; positiv, als Notwendigkeit der Organisation, Überwindung der Autonomie (s. Abschnitt über Organisation) und der bewußten Diskussion über die Avantgarde. Das erreichte Niveau der Forderungen hebt den Kampf auf eine ausschließlich politische Ebene. Lohnerhöhungen etc. erfordern eine direkte Antwort des Staates, insofern er die Kämpfe eindämmen oder blockieren will;

4. eine Reihe von tariflichen Forde-

rungen kann als Element der Milde-
rung des Konflikts in den Betrieben
konzediert werden; Das erfordert eine
Reorganisation des Programms von
P. O. durch die Wiedereinbeziehung
der gesamtgesellschaftlichen Ebene,
in der das Proletariat "gesellschaft-
liches Subjekt" ist, und die Reorgani-
sation der gesamten Bewegung, um
diese neuen Schranken überwinden zu
können.

Die Kämpfe vom 3-5. August 1970 in
Venedig erfolgen auf eine Provokation
der Polizei gegenüber Metallarbeitern
in den chemischen Betrieben. Es kommt
zu einem Generalstreik in P. M. und
den nahegelegenen Städten, wo das Pro-
letariat gemeinsam gegen die Polizei
kämpft. Der Kampf endet mit einem
Triumph; die Arbeiter haben die
Stadt zwei Tage lang in der Hand.

(Nach einem Referat von Toni Negri,
Mitglied des Exekutivkomitees von P. O.,
auf dem Internationalen Seminar in
Florenz, 23.-26. 8. 70)

Strategische Konzepte: Autonomie der Arbeiterklasse, Ablehnung der Arbeit, Politischer Lohn

Es ist dem Kapitalismus weitgehend
gelingen, die Kämpfe der Arbeiter-
klasse für seine eigene Entwicklung
zu nutzen (geplante Krisen, Neuorga-
nisation der Arbeit, Rationalisierungs-
maßnahmen). Wenn es gelingt, durch
verstärkten Einsatz von Machtmitteln
nachzuweisen, daß die notwendige
Voraussetzung für eine Befriedigung
der elementaren Bedürfnisse der Ar-
beitslosen die Eindämmung der Kämpfe
der Beschäftigten ist, ist es ihm ge-
lungen, die Arbeiterklasse endgültig
zu spalten und sie als politische Macht
zu zerstören. Die einzige Gegenstra-
tegie besteht darin, die Defensivposi-
tionen in bezug auf Arbeitsplätze und
Löhne zu überwinden, die Grenzen
des Verteidigungskampfes zu über-
schreiten und die Krise des Kapitalis-
mus auf diese Weise zu produzieren,

die die Voraussetzung für die Abschaf-
fung des Kapitalismus ist.

Solange die Defensivposition beibehal-
ten wird, bittet die Arbeiterklasse um
Arbeit, und die Löhne sind an die
Arbeit gebunden. Wenn die Klasse um
Arbeit bittet, kämpft sie nicht darum,
sondern kämpft gar nicht. Sie ordnet
ihre Kampfkraft der Hoffnung unter,
den Arbeitsplatz nicht zu verlieren
oder überhaupt erst einen zu bekommen.
Diese Position bedeutet zunächst die
Bindung des Lohns (der notwendigen
Mittel, sein Leben zu reproduzieren)
an Arbeit und schließlich an individuel-
le und kollektive Produktivität. Inner-
halb dieses Rahmens bleibt jeder Kampf
ein Verteidigungskampf.

Die Möglichkeit, die Kämpfe der Ar-
beiterklasse offensiv zu führen, bedeu-
tet die Umkehrung des kapitalistischen
Wegs: die Loslösung des individuellen
Lohns von individueller Produktivität,
dann von kollektiver Produktivität und
schließlich von Produktivität überhaupt
(d. h. hier: von Arbeit). Wenn der
Preis, den der Kapitalismus den Ar-
beitslosen zu zahlen hat, (aus denen
er keinen Mehrwert herauspreßt), höher
ist als der, den er für die zu zahlen
hat, aus denen er Mehrwert heraus-
preßt, ist die Arbeiterklasse als poli-
tische Macht in der Offensive. Der
Kampf um die Loslösung des Lohns
von Produktivität und Arbeit bedeutet
also nicht nur die Vereinigung der
Kämpfe des Millionenheers von Arbeits-
losen in Italien mit den Kämpfen des
arbeitenden Proletariats, sondern
schon einen offensiven Schritt gegen
die Pläne des Kapitalismus und gegen
das kapitalistische System insgesamt.

Politischer Lohn (salarío politico)
heißt daher der Lohn, der in den
Kämpfen um die organisatorische
Vereinigung des Proletariats, die
Vereinheitlichung der verschiedenen
Kämpfe und der unterschiedlichen
spezifischen Parolen und die Lösung
des Lohns von Produktivität und Arbeit
gefordert wird. Die Forderung nach
politischem Lohn ist der Versuch, der
Überwindung der Defensivposition,
der Arbeiterklasse im Kampf um die

Mittel für ihre Reproduktion, (er umfaßt auch: kostenlosen Transport von Pendlern, kostenlose Wohnungen, - in Turin schlafen Arbeiter zum Teil auf Bahnhöfen, weil selbst zu unglaublichen Preisen keine Wohnungen zu bekommen sind.) Das italienische Heer von Arbeitslosen verstärkt zwar die Plausibilität dieses Ansatzes, bedeutet jedoch nur ein Element der Begründung dieser Zielrichtung, die damit nicht auf Länder mit einer hohen Arbeitslosenquote beschränkt ist.

(Die Parole des "politischen Lohns" ist mit der Konzeption der Ablehnung der Arbeit (rifiuto del lavoro) verbunden. Sie versucht, die durch die Entwicklung des Maschinensystems vorhandene "objektive Möglichkeit" der Aufhebung der Lohnarbeit strategisch gegen das Kapital zu wenden.)

Die große Transformation der Organisation des bürgerlichen Staates nach der Weltwirtschaftskrise 1929 und 1 dem New Deal, die Einführung von der europäischen Gewerkschaften, Kapitalisten und Staat gemeinsam angewandten Planungstechniken nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg haben die Gewerkschaften sogar um ihr Ansehen als Organisationen gebracht, die die materiellen Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Die Gewerkschaften sind Organisationen zur Kontrolle von Arbeiterkämpfen und Makler zwischen den besonderen Interessen der Arbeiter und den allgemeinen Interessen der Gesellschaft, dem Gemeinwohl geworden. Der bürgerliche Staat hat seine Herrschaftsmethoden geändert, ohne im geringsten seinen Klassencharakter zu verlieren. Er ist heute verantwortlich für Entwicklung und Unterentwicklung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Produktivität und die Leistungsfähigkeit des Systems. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die sozialistischen Ländern nicht von den kapitalistischen.

Die Kämpfe der Arbeiter außerhalb der Gewerkschaft, die "illegalen" Streiks in den meisten großen europäischen Betrieben seit 1960 haben

sich um Löhne gedreht. In der Lohnfrage haben die italienischen Arbeiter ihre Ablehnung der Arbeit und Ablehnung des Werts der Arbeit als Begründung des Lohnunterschieds zum Ausdruck gebracht: gleiche Löhne für alle - die Ablehnung der Trennung zwischen qualifizierter und ungelerner Arbeit und zwischen verschiedenen Industrien, nicht länger an Produktivität gebundene Löhne - die Abschaffung von Stückarbeit und allen Lohnformen, die physische und psychische Mühe und Leistung in Bezug zum Einkommen setzen.

Diese massenhaften Kämpfe in Italien richteten sich gegen die Arbeit als die grundlegende Form der gesellschaftlichen Kooperation. Die Ablehnung der Arbeit richtete sich wesentlich gegen die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft. Gewalt gegen Sachen und Personen ist nur eine Nebenwirkung des Kampfes gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit.

Ablehnung der Arbeit ist die massenhafte Forderung nach dem Recht auf Einkommen, das unabhängig von dem Anbieten der Arbeitskraft." Ablehnung der Arbeit bedeutet auch die Ablehnung aller "ökonomischen Hebel" zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität, wie sie etwa in der Form ritualisierter Konflikte zwischen Staat und Gewerkschaften, indirekten Lohns, der jugoslawischen Selbstverwaltung, der Wiedereinführung des Rentabilitätsprinzips für die Betriebe in der UdSSR, die erneute Propagierung von Entwicklungsmodellen mit der Formel der Kreativität der Massen auftritt.

(Nach: Statement on the Jailing und dem 1. Referat auf dem Organisationskongreß in Florenz, 9.-11.1.70)

Organisation

(Am Beispiel der Entwicklung von P. O. in Porto Marghera/Padua zeigt sich, wie stark im Zusammenhang mit dem jeweils erreichten Stand des Klassenbewußtseins in den Klassenkämpfen die Organisationsfrage diskutiert wird:

"Die Arbeiter müssen ein Bedürfnis nach Organisation entwickeln wie nach einem Kühlschrank." (Toni Negri) Es ist dieser Zusammenhang von Kämpfen und Organisation, diese Betonung der Organisationsfähigkeit von Inhalten und Zielen von Kämpfen, die uns an dieser Position interessant erscheinen. Wieweit P.O. den ihr vor allem in der Zeit der "Quaderni rossi" und "classe operaia" vorgeworfenen Ökonomismus und Ouvrierismus theoretisch und praktisch überwunden hat, läßt sich anhand der hier vorgelegten Texte nicht zureichend klären. Angesichts des Fehlens einer Theorie des Spätkapitalismus können wir diese Konzeption, die stark auf die durch Kämpfe zu erwerbende Autonomie der Arbeiterklasse abstellt und diese als "gesellschaftliches" Subjekt begreift, zunächst einmal nur als Beitrag (theoretisch und praktisch) zur Diskussion über die Bestimmung historisch adäquater Interessen zur Kenntnis nehmen. Ob es sich dabei auch um das zentrale Erkenntnisinteresse von P.O. handelt - strategische Fragen aus dem Zusammenhang von kapitalistischer Entwicklung und Organisation zu bestimmen - oder ob sie das Proletariat als Subjekt einfach setzen und welche Auswirkungen dies wiederum für Strategie und Organisation hat, können wir zunächst nur als Problem formulieren, das bei der Aufarbeitung aktueller Klassenkämpfe geklärt werden muß.

Der Name P.O. ist eng gebunden an das Prinzip der Autonomie der Arbeiterklasse, wie der Theoretiker dieses Konzepts, Mario Tronti, es formuliert: "P.O. ist die autonome Organisation der Arbeiterklasse, der reale Prozeß der Entmystifikation /des Kapitalverhältnisses und damit auch des Revisionismus in seiner Gestalt als "Vulgärökonomie" und "Vulgärpolitik" /, weil sie die materielle Basis der Revolution ist." Was in diesem Zusammenhang etwa die programmatische Äußerung von der Notwendigkeit der Überwindung der Autonomie (s. Proto Marghera) bedeutet, ist noch zu klären. Zu klären sind in einem solchen

Zusammenhang aber auch die Implikationen historischer Denunziationen, wie sie "Ökonomismus" und "Ouvrierismus" darstellen.

P.O. bezeichnet sich selbst als neo-leninistisch, womit zunächst einmal nur ein autoritärer Typ von Organisation benannt ist, und als Avantgarde im Proletariat. Bis zu dem Organisationskongreß in Bologna (5./6. Sept. 1970) war P.O. organisatorisch eine Intellektuellenorganisation; danach wurden die Arbeiterkomitees in die nationale Leitung einbezogen. Die Aufgaben der nächsten Zeit werden in Nr. 29 von "Potere operaio" folgendermaßen beschrieben:

"Nach zwei Jahren des Kampfes wissen die Arbeiter, daß die Unternehmer nur eine Sache nicht integrieren können: die Organisation, die bewußte und intelligente Kraft, die den Kampf der Massen bestimmt. Ebenso wissen die Arbeiter, daß alle Erfolge gegen die Einzelkapitalisten vom Gesamtkapitalisten, d.h. der Gesamtheit der Einzelkapitalisten und ihrem Staat, ihnen wieder genommen werden können. Die Arbeiter müssen sich deshalb auf den Kampf gegen den Staat der Unternehmer mit angemessener Stärke und Intelligenz, mit Organisation, vorbereiten. Die Kämpfe der Arbeiter werden von ihrer Organisation also für den umfassenden Angriff auf den Staat umgestellt. Die Spontaneität muß für dieses Programm neu gewonnen werden, die Kontinuität der Kämpfe innerhalb der proletarischen Leitung der Kämpfe eingeschätzt, also aufrechterhalten oder provoziert, auf jeden Fall aber geleitet werden. Proletarische Leitung der Kämpfe bedeutet nicht,

Proletarische Leitung des Kampfes heißt also, jeden Kampf in den strategischen Gesamtplan einzubetten. Proletarische Leitung der Kämpfe bedeutet das Kommando der Arbeiter über das Verhalten des Proletariats zur Verwirklichung revolutionärer Ziele.

Proletarische Leitung der Kämpfe heißt:

1. die Fähigkeit, den Kampf durch ein beständiges Netz von Arbeiterkadern in der Fabrik und der Gesellschaft (Fabrikgesellschaft) zu beherrschen, zu organisieren und zu bestimmen;
2. die Fähigkeit, die Kämpfe ab sofort als Zerschlagung aller reformistischen, gewerkschaftlichen Mechanismen, jeder Eindämmung und Mystifikation zu definieren;
3. die Fähigkeit, die Kämpfe in ein Programm der Arbeiter einzubetten, die die Revolution wollen, d. h. den gesamten produzierten Reichtum den Unternehmern wegzunehmen und den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechend zu verwenden. "

(Zur formalen Organisationsstruktur ist nicht viel zu sagen. Zusammensetzung und Bildung einer Arbeiteravantgarde wurde in dem Abschnitt über Porto Marghera beschrieben; sie richtet sich nach dem Charakter und den Bedingungen der örtlichen Kämpfe. Die Überwindung der Beschränkung auf ökonomische Kämpfe, die Verallgemeinerung von Inhalten und Organisationsformen kommt in der Verwandlung der Basiskomitees (comitati di base) in Politische Arbeiterkomitees (comitati politici operai) zum Ausdruck. Das erste dieser neuen politischen Komitees entstand nach den Kämpfen im Juli bei Fiat Turin; in der ersten Septemberwoche dieses Jahres versuchte es, einen Generalstreik bei Fiat gegen die Regierungserklärung der neuen Regierung Colombo zu organisieren und diesen auf die Stadt auszuweiten. Ein anderes Beispiel für die Organisierung von Arbeitern zu eindeutig politischen, auch anti-imperialistischen Inhalten, sind die militanten Demonstrationen von P.O. und Manifesto gegen den Besuch Nixons in Rom.

Die nationale Koordination erfolgte bis zum Kongreß in Bologna durch ein - aus Intellektuellen bestehendes - Exekutivkomitee, das diese Koordination durch die Tätigkeit als Reisekader und in den Zeitungen "Potere

operaio", einer reinen Agitationszeitung, die jetzt auch wieder aus dem Straßenverkauf zurückgezogen werden soll, neuerdings auch einer thematisch breiter gefächerten und auf Analysen angelegten, also theoretischen", Zeitschrift "Compagni" (Genossen) vornimmt. Die theoretische Schulung der Kader wird, soweit wir erfahren konnten, anhand in einer Schriftenreihe verarbeiteten eigenen Kampferfahrungen ("linea di massa" (Massenlinie), von der bisher 4 Hefte zu den Pirelli-Streiks zum Kampf der Techniker, zur Qualifikation in Schule und Hochschule und zur Organisation - erschienen sind) durchgeführt; im übrigen müssen neue Genossen sich in Kämpfen politisch qualifizieren.

Nachdem die Machtfrage programmatisch gestellt ist, wurde das Problem der revolutionären Organisation in der Form der Partei auch von führenden Mitgliedern von P.O. diskutiert. (Intervention von Franco Piperno, Rom, auf dem Kongreß in Bologna) Was in unserem Bericht über das internationale Seminar in Florenz als Faktum berichtet wurde, stellt sich richtiger als Tendenz dar. Voraussetzung für die Durchführung des Vorhabens war die Möglichkeit einer Vereinigung mit einer oder beiden anderen relevanten antirevisionistischen Gruppen in Italien (Manifesto, Lotta continua); dieser Versuch scheiterte. P.O. vertritt demzufolge nicht die Ansicht, als P.O. umstandslos durch eine Umbenennung in eine Partei auch in der Tat die revolutionäre Organisation des Proletariats darstellen zu können.

(Genossen der Betriebsprojektgruppe)

Erklärung zum Austritt aus der KOMMUNISTISCHEN GRUPPE

Erklärung einer Gruppe von vier
Genossen zu ihrem Ausscheiden
aus der Kommunistischen Gruppe
Frankfurt

Die begriffliche Bestimmung ihrer Arbeit hatte der KG schon immer gewisse Schwierigkeiten gemacht. Wo sie den Versuch unternahm, theoretische Begründungszusammenhänge zu entwickeln - wie etwa in den verschiedenen theoretischen Projekten - kam sie nie über den Vorstellungshorizont eines instrumentellen Verhältnisses von Theorie und Praxis hinaus, wo Theorie nur das Material für eine aus ganz anderen Selbstverständigungsprozessen bezogene Praxis liefern sollte. Deren Herleitung aus einer recht fragwürdigen und einigermaßen an der Oberfläche verbleibenden Kritik am falschen Selbstverständnis der Studentenbewegung ist dann im Zusammenhang der Diskussionen um die zwei Papiere, die zu unserem Ausscheiden führten, auch noch einmal explizit gemacht worden: Das verlorenglaubte Subjekt des Geschichtsprozesses haben wir in den Septemberstreiks "wiederentdeckt" und daraus verstand es sich von selbst, daß wir zum Proletariat gehen.

Man kann die Notwendigkeit der Aufnahme von Betriebsarbeit natürlich auch pragmatisch begründen. Fragwürdig wird ein solcher Pragmatismus allerdings schon dann, wenn er versucht, taktische und strategische Schritte aus sich selbst heraus zu entwickeln. Das, was für die KG mit dem Selbstverständnis einer Betriebsprojektgruppe unmittelbar zusammenfällt, nämlich die

Aufnahme von Agitation und Propaganda als bestimmendes Moment und Konstituens ihrer Praxis, ist keineswegs - gemessen an möglichen Bestimmungen für Zirkelpolitik - selbstverständlich und führte in der Art und Weise, wie sie "Tagesinteressen" und "Grundwiderspruch" aufeinanderzubeziehen versuchte, zu Widersprüchen, die in ihrer Entfaltung eine gewisse Naturwüchsigkeit notwendig produzieren mußten. Was in einzelnen Diskussionen als mögliches (der Arbeiterklasse) "Äußerlichbleiben" der Agitation problematisiert wurde, haben wir versucht, in seinen Bestimmungsmomenten abzuleiten und die bloße Verbalität des Anspruchs, daß die KG "Tagesinteressen besser zu vertreten als die Gewerkschaft" oder gar "Bewußtseinsprozesse" im Proletariat "zu initiieren" in der Lage sei, als solche aufzuweisen und auf eine mangelnde Theoretisierung der eigenen Praxis zurückzuführen. Die KG hat sich solche Fragen nie theoretisch gestellt: weder das Problem der Vermittlung in der Agitation und Propaganda, noch die Frage nach den Bedingungen, unter denen Agitation und Propaganda möglich sein können. Für sie stellten sich immer nur immanente Probleme des Standpunkts, den sie - in der Form einer einmal definierten Publikationstätigkeit - gegenüber dem Proletariat vertritt und in dem sie sich negatorisch gegen SPD, DGB und DKP abzugrenzen versucht. In diesem Zusammenhang steht auch die Bestimmung ihrer theoretischen Arbeit: Sie soll zur Klärung bestimmter Probleme beitragen, in denen man Standpunkte beziehen muß: Revisionismus, Gewerkschaft, Rationalisierung, Staatsinterventionismus.

Voraussetzung, damit sie Agitation aufnehmen konnte, war für die KG die fiktive Lösung der Organisationsfrage und des Substitutionalismusproblems.

Problematisch wurde für die KG die Frage ihrer eigenen Identität als Intellektuellenorganisation zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion über die betriebliche Arbeit von Studenten - damals noch mit dem "Prinzip Student in den Betrieb verbunden" nicht kritisiert überwunden, sondern mit dem Verweis darauf, daß es auch anders gehe, als erledigt betrachtet wurde. Die Diskussion, die nach der München-Reise (Anfang April, Erfahrungsaustausch mit den Arbeiterbasisgruppen) geführt wurde, enthielt keinen Einwand, gegen die Betriebsarbeit von Studenten außer dem Hinweis auf die besonderen Erfahrungen der (damaligen) PEI bei der Gewinnung von Kontakten, die mit dem früheren "Kader"-Konzept der KG nicht in Einklang zu bringen waren. Spätestens zum Zeitpunkt der Diskussion über die Chemietarifrunde, die den Beginn der "praktischen Betriebsarbeit" darstellte, wurde es deutlich, daß hier nur die Abwechslung eines pragmatischen Standpunkts durch einen anderen stattfand, die in Bezug auf die mangelnde Reflexion über die eigene Subjektivität nur apologetischen und kompensatorischen Charakter hatte. In diesem Zusammenhang ist es nicht notwendig, auf die sozialpsychologischen Momente, die dabei gewiß eine große Rolle gespielt haben, einzugehen: Es ist klar, daß die Frage der Arbeit von Studenten im Betrieb durch den Entschluß, in der Chemietarifrunde zu intervenieren, keine unmittelbar praktische Relevanz mehr hatte und deshalb fallengelassen wurde. Die Problemstellung aber: unter welchen Bedingungen können Intellektuelle initiiierend in Klassenkämpfe eingreifen, konkret: Arbeiterpolitik betreiben, bestand immer noch und war auch der KG - wiewohl sehr abstrakt - als Problem bewußt. Anstatt allerdings die Frage zu diskutieren, welche ma-

teriellen Bedingungen die Voraussetzung dafür bilden, daß Intellektuelle (die ja nicht unmittelbar) Subjekt des proletarischen Klassenkampfes sind) geschichtlich relevante Initiativefunktionen in Klassenkämpfen wahrnehmen können, versuchte man, das Problem "pragmatisch" zu eskamotieren. Der Widerspruch, in den die KG hineinsteuerte, liegt auf der Hand: Organisation ist für die Arbeiterklasse Ausdruck ihres bewußten Handelns als Subjekt. Die KG konnte allerdings nur Organisationsperspektiven "von außen" anbieten, in denen sie als Intellektuellenorganisation eine Subjekt-, die Arbeiterklasse bloß eine Objektrolle spielen würde. In seiner Entfaltung verschaffte sich der Widerspruch die Form, in der er sich für die KG "zunächst pragmatisch" real aber fiktiv bewegen konnte: die ROTE ARBEITERGRUPPE.

Damit hat die KG die Idee des Organisationssubjekts zum Substitut für die schlechte Wirklichkeit gemacht, in ihrem Bewußtsein schien das Problem jedoch gelöst: mit der RAG existierte für sie auch schon die Möglichkeit, Arbeiterpolitik zumachen, gleichzeitig wurde diese Fiktion zur notwendigen Bedingung ihrer Betriebsarbeit.

3

Die Fiktion der RAG-Arbeiterpolitik verdrängte das Problem der nicht vorhandenen Betriebsgruppen und damit der Voraussetzungen von Agitation und Propaganda überhaupt. Ist den Arbeitergruppen der KG aber einmal der Schleier ihrer scheinbaren Wirklichkeit genommen, so muß das Problem neu gestellt werden.

Vermittlungsprobleme sind auch hier nicht nur begriffliche, sondern praktische. Den Arbeitern stellt sich ihre Wirklichkeit nicht dar, indem sie beobachten oder anschauen, sondern indem sie sich in ihr bewegen und mit ihr umgehen, während sie dabei bestimmte Vorstellungen über sich selbst und ihre Erfahrungswelt entwickeln, Vorstellungen, die an die Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse fixiert bleiben und auch solange keiner qua-

litativen Veränderung zugänglich sind, als sich ihr Verhalten nicht anders als instrumentell, umgehend mit Dingen, definiert. Fragen, die für uns in dem Zusammenhang auftraten, waren folgende: Welche Formen des praktischen Umgehens mit Dingen oder des praktischen Verhätens überhaupt konstituieren bestimmte Vorstellungen über die Wirklichkeit? Wie stellt sich also dem Arbeiter der Produktionsprozeß, dessen Bestandteil er ist, dar? Welche Existenzform haben gesellschaftliche Verhältnisse im Arbeitsprozeß? Was sind die verschiedenen Mystifikationen, unter denen der Arbeiter sich Vorstellungen von seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit bildet? Was sind die materiellen Bestimmungsmomente des empirischen Gesellschaftsbildes der Lohnarbeiter und seine verschiedenen Manifestationen (Gewerkschaft, bürgerliche Parteien etc.)? Unter welchen Bedingungen kann sich die Lohnarbeit als Klasse konstituieren und ein Selbstbewußtsein ihrer eigenen Wirklichkeit und ihrer geschichtlichen Aufgabe entwickeln? Was sind also die Bedingungen von Agitation und Propaganda?

Wir haben versucht, in unseren Papieren einen methodischen Ansatz zur Lösung dieser Fragestellungen zu entwickeln. Die KG hat jedoch noch nicht einmal diese Fragestellungen als Problem erkannt, deshalb war eine Diskussion über die Weiterentwicklung unseres Konzepts oder auch dessen immanente Fehler in der KG nicht möglich.

4
Die Möglichkeit der Weiterentwicklung ihrer politischen Position hat die KG selbst weitgehend verhindert, indem sie sich von vornherein unter bestimmte praktische Verhaltenszwänge stellte. Nicht nur, daß sie Agitation und Propaganda als Bestimmungsmomente ihrer "kontinuierlichen" und "langfristigen" Praxis schon längst aufgenommen hatte, bevor sie deren Verhältnis zu den Möglichkeiten ihrer eigenen Subjektivität als Intellektuellengruppe als Problem erkannte,

auch deren Inhalte selbst unterlagem den Fehlern einer vor-schnellen "Standpunktklärung", und es erwies sich im Verlauf der Agitprop als eine sehr große Schwierigkeit, z.B. die linkage-verkenschaftliche Position aus der RAZ Nr. 1 zu revidieren. In der Unbewußtheit ihres eigenen Pragmatismus hat sich das Problem der politischen Selbstverständnisklärung für sie nie gestellt: politische Positionen, soweit sie in die Agitation und Propaganda eingingen oder auf einer anderen Ebene ihr politisches Verhalten - etwa im Rahmen des Arbeiterschulungszirkels - bestimmten, waren nie Resultat von politischem Klärungsprozessen in der Gruppe und wurden auch in den seltensten Fällen ausdiskutiert.

In diesem Zusammenhang wird es vielleicht klar, daß die Umstände, unter denen unsere Papiere zustande kamen - was einigen Genossen zur Begründung unseres "unpolitischen" Verhaltens genügte - nämlich als Resultate informeller, wenn man so will, "privater" Klärungsgespräche, den Strukturen der KG notwendig entsprach, keineswegs aber als Beleg unseres angeblich sektiererischen Verhaltens dienen kann. Im Gegenteil: indem einzelne Genossen schon vor den letzten Plenumsdebatten über unsere Position davon ausgingen, man müsse sie bekämpfen und könne sie nicht diskutieren, zeigt sehr deutlich die Art von Selbstverständnis, welche die KG sich selbst gegeben hat, nämlich das einer politischen Sekte, die sich gegenüber allen Fragestellungen verschließt, soweit sie nicht ihrer eigenen Immanenz unmittelbar selbst entspringen.

5.
In den Diskussionen nach der ersten verworrenen Plenumsdebatte (20.10.) wurde klar, daß in unseren bisherigen Beiträgen nicht präzise genug die Vermittlungsschritte zur Bestimmung qualitativer praktischer Aufgaben angegeben waren. Der Mehrheit der KG erschienen die Problemstellungen "Theorie-Praxis", "Intellektuellengruppe-Arbeiter-

Klasse" insgesamt als nicht relevant für konkrete Politik oder deren Kritik - sie hielt die Aufgaben, die eine Intellektuellengruppe derzeit übernehmen kann, für "durchaus ungeschichtliche" (so in einem Diskussionsbeitrag), für Aufgaben, die mit den Stichwörtern 'gesellschaftliche Verhältnisse', 'revolutionäre Politik' etc. "nur sehr mittelbar", "vorerst nichts" zu tun haben. Hier deutete sich schon im Verhalten der Mehrheitsgruppe die Position an, die in der Spaltungsdiskussion vertreten wurde: Problematisierungen, Begründungen und Bestimmungen von uns sind nicht theoretisch falsch, sondern falsch, weil sie theoretisch sind. Aus der derzeit bestimmbaren 'Unmöglichkeit', notwendige Aufgaben theoretisch herzuleiten, wie sie in der KG allgemein gesehen wurde, gewann diese Gruppe die Position, "objektiv mögliche" sei nur ein Kontinuum langfristiger und verbindlicher Agitation und Propaganda, das seine Legitimation an den Bewegungsformen subjektiven, empirischen Arbeiterbewußtseins erfährt. Es wurde nicht einmal der Versuch unternommen, nach einer Vermittlung zu fragen von den in der gegenwärtigen Situation möglichen - gemessen an der Entfaltung revolutionärer Theorie und Praxis - analytischen Aussagen (für die in der KG nie ein Ansatz in Form von Fragestellungen etc. erarbeitet wurde) und dem, was unter 'Arbeiterinteressen' figuriert. Zu diesem Bewußtseinsmanifestationem hat die KG nur sporadischen Zugang, sie muß sich auf die Äußerungen von wenigen kontaktfähigen Arbeitern beziehen. Für uns ergab sich eine solche Frage unmittelbar aus der Publikationspraxis der KG, die darin wohl selber schon einmal Vermittlungsprobleme diagnostiziert und aufgeworfen hatte. (es wurde vermutet, die Publikationsinhalte könnten den Arbeitern äußerlich bleiben), diese Vermittlungsprobleme wurden aber nicht auf ihre Bestimmungen untersucht. Die Frage: unter welchen Bedingungen kann sich Agitation und Propaganda entfalten, welche objektivem

Schranken sind zu überwinden, damit Agitation unmittelbar praktisches Verhalten injizieren kann, waren für uns Anlaß der allgemeinen Bestimmungen von Theorie und Empirie, die den Rahmen angibt, in dem eine Intellektuellengruppe ihren initiativen und organisativen Anspruch gegenüber dem Proletariat einlösen kann. Diese Fragen, sicherlich Erkenntnistheoretischer Natur, wurden vom bornierten Standpunkt der KG-Mehrheit aus als "nicht politische" betrachtet, obschon sie für uns wesentlich praktische sind - das Proletariat wird sie durch seine revolutionäre Praxis beantworten.

Die Form, in der eine Intellektuellengruppe die Vermittlung von dem, was sie in analytischen Kategorien fassen kann und der empirischen Erfahrung der Alltagspraxis des Proletariats sowie der Keime von Widerstand, die in dieser Alltagspraxis schon immer enthalten sind und nur sporadisch zu spontanen Ausbrüchen wachsen, zu leisten hätte, wurde von uns als Untersuchungsmodell beschrieben (in dem die Bestimmung 'Student in den Betrieb' enthalten ist).

6

In informellen Diskussionen, deren letzte schon fraktionellen Charakter hatte, offenbarten die Vertreter der Mehrheitsgruppe immer mehr, daß sie die subjektiven Fähigkeiten der KG mit den objektiven Möglichkeiten von Zirkelpolitik verwechselten und sich daher auch Kritik an der KG-Praxis nur in Form einer Präzisierung unseres bisherigen Ansatzes vorstellen konnten. Fragestellungen, die ganz allgemein das Verhältnis von Kritik der Politischen Ökonomie und Revolutionstheorie betreffen, konnten diese Genossen nicht als Bestnadteil "unserer Betriebsarbeit" ansehen, da aus Arbeitermund noch kein Interesse an der Beantwortung solcher Fragen anklingt. Die Genossen der Mehrheitsgruppe konnten sich deshalb auch nur im Rahmen einer Apologie der Verlaufsformen der bisherigen KG-Praxis bewegen, ohne über deren Begründung überhaupt zu diskutieren. Das führte konsequent in der "Spal-

tungsdiskussion" zur Ignoranz gegenüber dem Begründungszusammenhang, aus dem wir Untersuchungshypothesen abzuleiten versuchten. Die Plenumsdiskussion, die zu unserer Abspaltung führte (3.11.), zeichnete sich weniger dadurch aus, daß unvereinbare Positionen formuliert wurden, als dadurch, daß die Mehrheitsgruppe nicht in der Lage war, sich überhaupt auf den Boden einer Problematisierung der bisherigen KG-Politik zu stellen und von daher ein alternatives Handlungsmodell für eine kommunistische Intellektuellengruppe (Untersuchungskonzept) zu diskutieren. So wurde das Untersuchungsmodell von vornherein unter dem Prinzip "was nicht sein darf, das nicht sein kann" behandelt; was nicht sein darf, ist die Aussage, daß gegenwärtig Agitation und Propaganda für die KG nicht möglich sind, daher darf auch keine theoretische Diskussion über die Begründetheit gegenwärtigen praktischen Handelns geführt werden, daher kann ein solcher Versuch bloß seminaritisches Problematisieren sein, kann nur unpolitisch, weil erkenntnistheoretisch sein. Es kann nicht sein, daß Ansätze eines Handelns des Proletariats als Klasse Voraussetzung ist für eine Propaganda, die nicht Gegenaufklärung gegen Indoktrinationen der Bourgeoisie ist, sondern dem Proletariat sein Handeln begreifbar, also bewußt macht (wie es von uns ausgeführt wurde), da es nicht sein darf, daß Handlungsmöglichkeiten von Intellektuellengruppen abhängig sind von objektiven Bewegungen des Kapitals, die immer Grundlage für das Handeln des Proletariats bilden.

7

Daß Agitation und Propaganda gegenwärtig dem Proletariat äußerlich bleiben muß, wurde als "objektives Dilemma" bezeichnet, welches zuvörderst dadurch zu überwinden sei, daß die Intellektuellengruppe sich das Vertrauen der Arbeiter erobert. Dies soll geschehen durch materielle Vertretung der Tagesinteressen, insbesondere dort, wo die Gewerkschaft nicht präsent ist. Damit wurde die Diskussion über die materiellen Voraussetzungen für Agitation und Propaganda, welche

dem Proletariat ein praktisches Bedürfnis ist und dadurch eine Durchbrechung falschen Bewußtseins ermöglicht, von vornherein abgeschnitten. Konsequenterweise blieb der Mehrheitsgruppe dann nur noch die Frage, wie denn detailliert Untersuchungsarbeit aussehne solle, wie man den Arbeiter an der Werkbank zur Rechten und zur Linken kontaktieren, was man fragen würde etc. Wenn sich die Diskussion erst auf der Ebene "ich kann mir nicht vorstellen, wie das aussehen soll" verläuft, sind alle Ansätze für kritische und selbstkritische Verständigung verbaut. Positionen gewinnen dann ihre Plausibilität in dem Maße, wie man Phantasie entwickelt und nicht, indem man analytische Bestimmungen zu treffen weiß.

Der erste Konflikt auf diesem Plenum entzündete sich daran, daß mehrheitlich die Position vertreten wurde, die Kontinuität der praktischen Arbeit dürfe durch Problematisierung eben dieser praktischen Arbeit nicht ins Wanken geraten; man müsse solange den bisherigen Ansatz weiterverfolgen, bis ein neuer konsentiert sei. Konkret machte sich das daran fest, daß in derselben Sitzung noch die Agitation an einem der Betriebe, in dem es einem Konflikt gab, diskutiert werden sollte. Wir waren dagegen der Auffassung, daß die "Grundsatzdiskussion" keine von der "praktischen Arbeit" gesonderte Ebene darstellen kann, und daß auch die Maxime "vielleicht nützt es nichts, aber es schadet auch nichts" keine ausreichende Voraussetzung für eine bestimmte Agitationstätigkeit ist. Einzusehen, daß die KG-Agitation den Arbeitern im Augenblick notwendig äußerlich bleibt, aber nichts zu unternehmen, wum dieses "objek-

tive Dilemma" anders begrifflich zu fassen als dadurch, daß es bisher nur "relativ unentwickelte Klassenkämpfe" gebe, von denen die Intellektuellen zudem noch total getrennt seien, und zugleich eine solche Agitation weiterzubetreiben um die Kontinuität zu wahren, und sich der abstrusen Hoffnung hinzugeben, durch die bloße Kontinuität und Langfristigkeit pragmatischen Handelns würden sich schon die korrigierenden Erkenntnisse

ergeben, die dann eine positive politische Bestimmung der Praxis erlauben würden, schien uns die evidente Bestätigung unserer These zu sein, daß die KG durch ihre Kontinuität ihre Borniertheit kontinuierlich und durch ihre Verbindlichkeit diese Borniertheit für alle in der KG organisierten Genossen verbindlich mache.

Grund für unser Ausscheiden war nicht so sehr die Einsicht in die falsche Politik der KG, die wir schließlich selbst mitgetragen hätten, sondern die Gewißheit, daß die KG sich der Einsicht über sich selbst verschließt.

Jutta Cuber

Christopher Hein

Ralf Eberhard Hoffeld

Hermann Rotermund

ZUR VERHAFTUNG VON

ANGELA DAVIS

Der "Fall" Angela Davis hat die Weltpresse bewegt. Unsere Einschätzung der bürgerlichen Presse, die politische Vorgänge isoliert, um sie ihrem journalistischen Voyeurismus kommensurabel zu machen, sollte uns jedoch nicht verleiten, sie als einen weiteren Fall kapitalistischer Repression, die immer so war und, solange es Kapitalismus gibt, immer geben wird, zu registrieren. Wie unter anderem die Black Panther Party gezeigt hat, darf die berechtigte Empörung gegen die Umschuldung eines Verbrechens, das von US-Behörden begangen worden ist, auf eine Person, die den Protest gegen diese Verbrechen organisiert hat, nicht unterdrückt werden, wenn man nicht der kriminalisierenden Vereinzelungstaktik des FBI bis zu ihrem bewußtlosen Reflex in der Weltpresse sich unterordnen will. Diese Empörung zur Analyse der politischen Entwicklungstendenzen der USA, deren internationale Auswirkungen unabsehbar sind, voranzutreiben und diese zu vermitteln, ist eine Aufgabe, der sozialistische Gruppen sich nicht entziehen können. Dazu ist es notwendig, den angeblichen Einzelfall Angela Davis auf dem Hintergrund des Verteidigungskampfes des schwarzen Volkes und der Vervollkommnung der Bürgerkriegsstrategie der herrschenden Klasse der USA zu interpretieren.

Die Rolle des Rassismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist eine von den Marxisten stets

vernachlässigte Frage. Da in der Analyse der USA von der Linken vorwiegend rein ökonomische Analysen oder auf Teilaspekte beschränkte theoretische Arbeiten (imperialistische Außenpolitik, Militarismus) vorgelegt worden sind, kann in diesem Beitrag über einige hypothetische Überlegungen noch nicht hinausgegangen werden.

Der US-Kapitalismus ist keineswegs ein durchrationalisiertes System - der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist in den Vereinigten Staaten niemals als politischer Kampf von organisierter Arbeiterklasse und Bourgeoisie als Kampf um die Macht im Staate ausgetragen worden wie in Europa. Die Widerspruchsstruktur der Gesellschaft ist von einer derartigen materiellen Ungleichzeitigkeit, daß heute niemand sagen kann, wie die verschiedenen revolutionären Gruppen überhaupt zu einer gemeinsamen Strategie zum Sturz des Kapitalismus oder auch nur eines effektiven Defensivkampfes gelangen können. An drei Momenten läßt sich das explizieren. Die Konfrontation des US-Imperialismus mit der Dritten Welt ist so weit fortgeschritten, daß sie die Kraft der kapitalistischen Gesellschaft ökonomisch wie politisch aufzubrechen droht. Sie ist dadurch eine Frage der Machtauseinandersetzung nicht nur in Vietnam, sondern auch im Inneren geworden - allerdings nicht allein zwischen antiimperialistischen Kräften und Regierung, sondern auch innerhalb der verschie-

denen Fraktionen des Kapitals selber. Der Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapital wird verdeckt durch die selbstmörderische Kollaboration der Gewerkschaften mit den Spitzen von Industrie und Staat. Der ökonomische Widerstand (ein Großteil der amerikanischen Arbeiterklasse ist - bedingt durch die amerikanische Geschichte und die Rolle der KP in der Arbeiterbewegung - nicht etwa apolitisch, sondern politisch außerordentlich reaktionär, z.B. die "hardhats") ist partikularisiert und wird modifiziert durch die permanente Konkurrenz um die Arbeitsplätze, die durch Krise und Automation bedingt wird. Das gebrochene Verhältnis von industrieller Reservearmee und Lohnarbeiter verschiebt sich entscheidend dadurch, daß die Schwarzen durch den Kapitalismus nicht als freie Lohnarbeiter integriert, sondern desintegriert worden sind.

Die fundamentale Ungleichzeitigkeit des amerikanischen Kapitalismus, die ihre erste große gewaltsame Explosion im Sezessionskrieg gefunden hat, ist also erhalten geblieben. Der US-Kapitalismus ist seiner Tendenz nach nicht eindeutig assoziierend; die wesentliche Voraussetzung der marxistischen Theorie für eine Vereinheitlichung der Arbeiterklasse, die der Kapitalismus negativ besorgen soll, wird extrem modifiziert. Neben dem Konflikt von Lohnarbeit und Kapital bestehen unmittelbare Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse auf dem Niveau des Spätkapitalismus. Der Emanzipationskampf der Schwarzen muß sich deshalb jenseits der allgemeinen Klassenauseinandersetzung und des weißen militanten antiimperialistischen Kampfes organisieren. Die jahrzehntelange Strategie aller marxistischen amerikanischen Gruppierungen der Integration des Emanzipationskampfes in den Klassenkampf hat sich als falsch erwiesen. Der Rassismus als amerikanische Ideologie und Wirklichkeit ist keine bloße Erscheinung des Ghettos, das die Basis des schwarzen Emanzipationskampfes bildet, da hier die unvermittelte Herrschaft des Staates brutal zutage tritt, sondern setzt sich innerhalb der organisierten Arbeiterklasse fort. Die organisierte

schwarze Arbeit ist nicht nur Objekt der Ausbeutung, sondern in ständiger Konkurrenz zur organisierten weißen Arbeit, deren Spitzen sich seit über 30 Jahren politisch mit der kapitalistischen Politik arrangiert haben.

Unmittelbare Repression auf der Basis materiellen Elends und Zweifrontenkampf gegen Kapital und rassistische "weiße" Gewerkschaften bilden die Grundbedingungen des schwarzen Emanzipationskampfes. Als der gesellschaftlichen Separation dieses Kampfes begründet sich sein Defensivcharakter. Die Politisierung der Schwarzen findet nicht nur im ökonomischen Kampf statt, sondern weit mehr im Ghetto und im Gefängnis - es geht darum, die Schwarzen nicht mehr vereinzelte Objekte der Unterdrückung sein zu lassen, sondern sie durch politische Organisation überhaupt zum politischen Kampf zu sozialisieren. Die "lumpenproletarische" Atmosphäre der Asozialität im Ghetto (das kann nicht diffamierend gemeint sein, sondern ist ein objektives Moment der rassistischen Herrschaft) bildet zugleich die Grundlage der Gegenstrategie: der Kriminalisierung der politischen Aktivität.

Angela Davis ist das dafür vom FBI aufgebaute Paradebeispiel. Im Fall der "Soledad Brothers" hat sie durch die Organisation einer Kampagne auf die rassistische Unterdrückung der Schwarzen in den amerikanischen Gefängnissen aufmerksam gemacht. Die Befreiung dieser Gefangenen, die unvermeidlich Opfer des herrschenden Unrechts geworden wären, endete in einem von der Polizei veranstalteten Massaker, von dem sie selbst der Tod der Geiseln nicht abhalten konnte. Dieses Verbrechen der Polizei willkürlich Angela Davis anzulasten und sie mit ungeheurem Öffentlichkeitsrummel weltweit suchen zu lassen, lieferte eine hervorragende Einführung für ein sogenanntes "Terroristengesetz" und die Bekanntgabe der Pläne für den Aufbau einer "inneren CIA". Zusätzlich bot Angela Davis sich als glänzendes Objekt für eine clevere Legitimation der rassistischen Unterdrückung. Eine solche Person, die alle Voraussetzungen hatte, um sich nach liberaler Ideologie zu integrieren, kann doch nur durch einen kriminellen "schwarzen Rassismus"

dazu gekommen sein, solche Taten zu begehen. Der amerikanische Rassismus wird seinen Opfern in die Schuhe geschoben.

Der Rassismus ist kein spezielles amerikanisches Phänomen, sondern er ist allen spätkapitalistischen Gesellschaften inhärent. Der Antisemitismus hat nicht umsonst eine außerordentliche Rolle in der Aufrechterhaltung des Kapitalismus gespielt und er ist keineswegs wie ein Spuk aus der Welt verschwunden, nachdem der deutsche Faschismus militärisch geschlagen war. Wenn manchen europäischen Genossen der Fall Davis noch exotisch erscheinen mag, dann seien sie stichwortartig auf für uns wichtige Phänomene der amerikanischen Gesellschaft hingewiesen, die diesen Fall auch mitbedingen: eine durch Konkurrenz gespaltene, in der überwiegenden Mehrheit antikommunistische

Arbeiterklasse, eine kollaborative Gewerkschaftsorganisation, eine isolierte, vorwiegend studentische militante Linke, die entweder Opfer der Kriminalisierung bürgerkriegsbereiter staatlich-politischer Organisationen werden oder aber auf Militanz verzichtend zum Anhängsel der liberalen Reformstrategen werden. Die Wirklichkeit des fortgeschrittensten kapitalistischen Landes bietet, wenn auch die Momente sich sehr verschiedenen zeigen, immer noch das Bild unserer eigenen Zukunft. Wir verzichten auf die Möglichkeit der Erkenntnis der europäischen kapitalistischen Wirklichkeit, wenn wir die amerikanische nicht analytisch durchdringen.

Detlev Claussen

**Teach-In am 23. oder 24. 11.,
20 Uhr, Uni**

ZUM PROZESS GEGEN DIE SOLEDAD-BROTHERS

Vorbemerkung

Die westdeutsche Presse hat sich an der Propagandakampagne um die Genossin Angela Davis, die vom FBI schon vor ihrer Verhaftung angestachelt wurde, intensiv beteiligt. Dabei hat sie konsequent die Hintergründe der Geiselentführung in Marin, für die Angela die Waffen besorgt haben soll, verschwiegen. Die Geiselentführung in Marin sollte die Freilassung der Soledad Brothers erzwingen. Sie sollte unübersehbar auf die Zustände in den Zuchthäusern, auf die Lage der schwarzen Gefangenen aufmerksam machen. Nachstehend geben wir die wesentlichen Informationen zum Fall der Soledad Brothers. ---

Am 13. 1. 70 wurde eine gemischte Gruppe von schwarzen und weißen Gefangenen aus ihren Zellen im "Adjustment Center" im Soledad-Gefängnis in einen neuen Freizeithof geführt. Diese Gefangenen waren bisher gezwungen ge-

trennten Gruppen im "Adjustment Center" Sport zu treiben. Obwohl die Gefängnisverwaltung über offensichtliche Feindseligkeiten zwischen den Rassen wußte, oder sie sogar schürte, wurden keine Vorbereitungen getroffen, einen nach Monaten schwerer Repression zu erwartenden Konflikt zu vermeiden. Kein Wärter begleitete die Gefangenen, nur einer, der für seine Treffsicherheit mit Schußwaffen bekannt war, war in einem Wachturm, der den Hof überblickt, mit einem Karabiner stationiert.

Was nun passierte, ist nicht klar. Die Tatsachen, wie sie von der Gefängnisverwaltung präsentiert werden, sind nicht präzise und durch keine konkreten Beweisstücke untermauert. Nach ihren Angaben soll eine Schlägerei ausgebrochen sein, fest steht nur, daß der Wärter vom Turm 4 Schüsse abgab und damit 3 Schwarze ermordete und einen Weißen für immer verkrüppelte. Obwohl andere Mittel, die Ordnung wiederherzustellen, bereitstanden, wurden keine Warnschüsse abgegeben, die Alarmsirene nicht betätigt und das vorhandene Tränengas nicht benutzt.

Der Mord an den Gefangenen rief in Soledad große Empörung hervor, bei Schwarzen, Weißen und Chicanos. Mehr als die Hälfte trat in den Hungerstreik. Kurz danach erklärte eine Ermittlungs-Jury, es habe sich um gerechtfertigten Totschlag (justifiable homicide) gehandelt. Wenige Minuten, nachdem dieses Urteil am 16.1.70 in den Fernsehnachrichten durchgegeben wurde, fand man den Gefängniswärter John V. Mills tot auf, offensichtlich erschlagen, aber in einem Flügel des Gefängnisses, der vollkommen vom Adjustment Center getrennt ist. Obwohl die Gefangenen des Center immer dort eingeschlossen sind, gab die Gefängnisverwaltung eine Presseerklärung heraus, die Tötung sei ein Racheakt gewesen. Die Angeklagten wurden kurz darauf von den Behörden buchstäblich ausgesucht. Es waren John W. Chlutchette, Fleeta Drumgo und George L. Jackson. Drumgo und Chlutchette waren in diesem Jahr für eine bedingte Begnadigung vorgesehen, mit ausgezeichneten Chancen, auch wirklich entlassen zu werden. Jackson dagegen war der "California Adult Authority" (dem Begnadigungsausschuß) seit seiner Verurteilung zu "1 Jahr Zuchthaus bis evtl. lebenslänglich Zuchthaus" wegen eines Raubüberfalls vor 10 Jahren ausgeliefert gewesen. Alle drei erwartet jetzt die Todesstrafe, wenn der geplante Schuldspruch für die Tötung des verhafteten Wärters zustande kommt. Jackson muß, selbst wenn er von der Mordanklage freigesprochen wird, jedenfalls zum Tod in der Gaskammer verurteilt werden, denn § 4500 des amerikanischen Strafgesetzbuches schreibt die Todesstrafe für jeden Gefangenen, der zu lebenslänglich verurteilt ist, zwingend vor, wenn er einen Wärter schlägt, so daß Blut fließt.

Prozeßablauf

Innerhalb weniger Tage wurde eine Anklagejury einberufen, die Anklage gegen die Soledad Brothers wegen Mordes an dem Gefängniswärter erhob. Dies fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und auf Grund von Aussagen, die zum

Teil mit Drohungen von Strafverlagerungen und Repressalien von anderen Gefangenen erpreßt worden waren. Diese Aussagen, die niemals vor dem Schwurgericht für ein Kreuzverhör durch die Verteidiger vorgelegt wurden, reichte man dem Superior Court of California Monterey County ein. Am 24.2. wurden die Angeklagten dann vorgeführt, den Vorsitz hatte Richter Gordon Campbell. Sie äußerten sich nicht zu der Mordanklage, Jackson wurde zusätzlich noch wegen § 4500 angeklagt, da er vom Gericht als "lebenslänglicher" angesehen wurde. Die Vorverhandlung wurde für den 17.3. angesetzt. Obwohl die drei desselben Verbrechens angeklagt waren, wurden sie daran gehindert, an der Vorverhandlung der jeweils anderen zwei teilzunehmen.

Als am 17.3. während eines Vorverhörs Richter Campbell sich vor einem Gerichtssaal voller Sympathisanten der Soledad Brothers fand, erklärte er, ohne irgendeinen Anlaß, er erwarte von den Zuschauern ein "geziemendes" Verhalten und kein Benehmen, als ob sie in einer Pool-Halle oder bei einem Picnic seien.

Rassismus war von da an ein bestimmender Faktor im Verhalten des Richters, offensichtlich hatte er von Julius Hoffmann, dem Richter der Chicago 8 gelernt.

Der erste Antrag der Verteidigung war, die Ketten zu entfernen, die wie Überreste aus der Sklaverei jeden einzelnen Gefangenen fesselten. Die Anwälte konnten kaum einen Satz zu Ende sprechen, bevor sie vom Richter unterbrochen und angewiesen wurden, zum nächsten Punkt überzugehen. Es wurde schließlich entschieden, daß Ketten und Fesseln zur Sicherheit "aller" (!) Beteiligten notwendig seien.

Anschließend lehnte das Gericht noch zwei Anträge der Verteidigung ab: als die Gefangenen in den Gerichtssaal gebracht wurden, mußten sie sich am gegenüberliegenden Ende des Raumes, weit von ihren Anwälten entfernt hinsetzen, wodurch jede Kommunikation unmöglich wurde. Die Anwälte erklär-

ten, daß dies rechtswidrig sei, da es eine klare Behinderung der Verteidigung darstelle. Der zweite Antrag, der auch von Richter Campbell abgelehnt wurde, war, die Anklage selbst wegen der verfassungsmäßigen Unrechtmäßigkeit der rassistisch und sozial voreingenommenen Anklage-Jury fallenzulassen.

Die Verteidigung beantragte dann eine Erlaubnis, Informationen, die von der Gefängnisverwaltung stammten, einzusehen, die zur Vorbereitung der Verteidigung notwendig seien. Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt, obwohl das Gericht wußte, daß der Staatsanwalt seine Zeugen versteckte, indem er sie in andere Gefängnisse überführen ließ, und sich sogar weigerte, ihre Namen preiszugeben. Damit war der Weg frei für die Gefängnisverwaltung, den Schauplatz des angeblichen Mordes vollkommen umzubauen, und es so der Verteidigung vollkommen unmöglich zu machen, den Tatort zu untersuchen.

Am 23. März wurde ein weiterer Teil der Vorverhandlungen gehalten, wobei alle Anträge wieder gestellt wurden. Richter Campbell verweigerte den Angeklagten wieder ihre von der Verfassung garantierten Rechte. Die Verteidiger teilten dann dem Gericht mit, daß sie, aufgrund der Verweigerung der Rechte ihrer Klienten, außerstande seien, ihnen zu raten, wie sie plädieren sollten. Die Angeklagten blieben stumm und das Gericht plädierte "nicht schuldig" in ihrem Namen. In der Frage des Antrags auf Veröffentlichung der Informationen aus dem Gefängnis wurde die Entscheidung bis zum 27. 3. vertagt.

Die Verhandlungen wurden am 27. wiederaufgenommen, der Verteidigung wurde schließlich erlaubt, Einsicht in Zeugenaussagen, die vom Ankläger ausgewählt waren, zu nehmen und den inzwischen umgebauten Zellenblock zu besichtigen. Aber selbst das, eben wie dem Antrag stattgegeben worden war, hinderte die Anwälte daran, die nötige Information für eine umfassende Verteidigung der Soledad Brothers vorzu-

bereiten. Sie sind auf Angaben der Gefängnisverwaltung und der Anklage beschränkt, so daß eine gerechte und unparteiische Unterzuchung unmöglich ist.

Drei schwarze Gefangene sind tot in Soledad. Das nennt man "gerechtfertigter Totschlag". Ein weißer Gefängniswärter ist tot. Das wird Mord genannt.

Der, der den Mord an drei schwarzen Gefangenen zugegeben hat, ist nicht angeklagt: er ist ein weißer Beamter des Strafvollzugs. Die, die des Mordes an dem weißen Wächter angeklagt sind, müssen in Ketten vor Gericht erscheinen; auf sie wartet die Gaskammer, sie sind schwarze Gefangene.

John Clutchette, Fleeta Drumgo und George Jackson haben alle mit der merkwürdigen Gerechtigkeit Bekanntschaft gemacht, die allen Schwarzen droht. Als Kinder wurden sie vor Gericht geschleppt wegen Kleinigkeiten, die vertuscht würden, wenn sie Kinder der weißen Mittelklasse wären. Sie wissen nicht, daß ihr Vorstrafenregister als Jugendliche abgeschlossen werden kann. Als junge Männer, mit einem Jugendstrafregister, plädieren sie "schuldig" bei Taten, mit denen sie nichts zu tun hatten, weil sie dem Ratschlag inkompetenter Anwälte oder überbelasteter Pflichtverteidiger folgen, die ihnen versprechen, daß sie dann eine mildere Strafe zu erwarten hätten. Sie stehen vor Richtern wie Richter Campbell, der zum Beispiel gesagt hat, daß "wenn man betrachtet, wieviel Gewalt Martin Luther King verursacht hat, er vielleicht doch gekriegt hat, was er verdient."

Hinter Gittern fallen sie der absoluten Gewalt der Strafbehörden und der rassistischen Wärter anheim. Weil sie nicht ihre Augen niederschlagen, den Kopf gesenkt haben und das Maul halten, werden sie nicht begnadigt. Die Verhandlungen des Begnadigungsausschusses sind geheim und die Aufzeichnungen we-

der den Gefangenen noch ihren Angehörigen oder Anwälten zugänglich. Wenn sie im Gefängnis eines Verbrechens beschuldigt werden, können sie ohne Anklage in Einzelhaft gesperrt werden und keinerlei Rechtshilfe erhalten. Ihre Anwälte werden daran gehindert, Informationen zu bekommen, die sie routinemäßig erhalten hätten, wäre die "Tat" außerhalb eines Gefängnisses geschehen.

George Jackson, Fleeta Drumgo, John Clutchette und tausend andere wie sie werden gedemütigt, ignoriert, mißbraucht - und für Verbrechen ist, schwarz zu sein. Die Chancen eines Schwarzen, eines Verbrechens wegen angeklagt und verurteilt zu werden, sind mehrere Male größer als die eines Weißen, der das gleiche Verbrechen begeht. 40 % der Gefangenen in Kalifornien sind schwarz, obwohl Schwarze nur 8 % der Bevölkerung ausmachen. Gerichte und Strafbehörden

werden als Instrumente des bösartigsten Rassismus gebraucht.

Die Soledad Brothers werden im Gericht von Salinas nur Gerechtigkeit finden, wenn wir, durch unsere Aktionen, es dem Staat unmöglich machen, sie hinzurichten.

Vom Black Panther Solidaritätskomitee zusammengestellt aus Flugblättern und Informationen des Soledad Brothers Defense Committee.

Bereitet die Veranstaltungen gegen Bobby Seales Prozeß mit vor !

Propagiert die ant imperialistische Demonstration am 28. 11. 70 !

Mitarbeit und Information:
Tel. (0611) 72 15 26

REVOLUTIONÄRE PARTEI UND KLASSE

(Trotzki über den Substitutionismus)

Von Tony Cliff

(Dieser Aufsatz wurde anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Ermordung Trotzkis verfaßt. Mit seiner Übersetzung ins Deutsche zehn Jahre später verfolgt die SAG die Absicht, die in der SC begonnene Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage auf die Organisationsfrage auszudehnen.)

Ziel dieses Aufsatzes war es zu zeigen, daß die Herausbildung der stalinistischen bürokratischen Diktatur die Folge der objektiven Bedingungen der russischen Revolution war und daß Trotzki selbst sich diesen Bedingungen beugen mußte und "substitutionistisch", d.h. ohne Kontrolle durch die proletarischen Massen und an deren Stelle zu handeln genötigt war.

Der Aufsatz stellt weder die Auflösung der SAG noch die in-

tion zur Organisationsfrage dar. Dazu ist seine Fragestellung zu begrenzt. Er behandelt das Verhältnis zwischen der revolutionären Klasse und der existenten revolutionären Partei. Der Aspekt der Organisationsfrage, der heute den Revolutionären in Westdeutschland auf den Nägeln brennt, betrifft das Verhältnis zwischen dem noch nicht einmal durch ökonomische Kämpfe zur Klasse geeinten Proletariat und revolutionären Sekten und das Problem der Parteigründung. Das Korrektiv, das Cliff in seinem Aufsatz gegen den Substitutionismus empfiehlt, die Kontrolle der Avantgarde durch die Klasse, löst nicht das heutige Problem des Verhältnisses zwischen Avantgarde und Klasse.

Auch im Inhalt des Rahmens, den der Aufsatz sich setzt, läßt er Fragen

ieren. Es kann nicht darum gehen, an einzelnen Fällen, in denen Lenin innerhalb der Partei unterlag, zu zeigen, daß der demokratische Zentralismus in einer bestimmten Periode demokratisch war, sondern um die Frage der Bürokratisierung und des Substitutionismus angehen zu können, ist es notwendig abzuleiten, weshalb Lenin in entscheidenden Fragen des Jahres 1917 keine Mehrheit zunächst innerhalb der Partei fand und die Partei einen zögernden Kurs einschlug. Cliff behandelt das Problem des Substitutionismus, der Verselbständigung der Parteiführung gegenüber der Partei und der Klasse als ein Problem, das erst mit der Dezimierung und Degradierung des russischen Proletariats aufgetreten ist, als das Proletariat objektiv unfähig wurde, die Partei zu kontrollieren. Seine Beispiele zeigen jedoch, daß die Tendenz zum Substitutionismus auch schon vorher innerhalb der Partei vorhanden war. Bei Cliff steht die Frage im Zentrum, weshalb der Substitutionismus sich durchsetzte und nicht die Frage, aus welchen Bedingungen er hervorgeht.

Wo schließlich dieses Problem berührt wird, ist die Lösung widersprüchlich. Denn das Verhältnis zwischen Partei und Klasse im Jahr 1917 wird gerade nicht durch die Rückständigkeit des Proletariats gekennzeichnet, die Cliff als die Hauptquelle des Substitutionismus angibt, sondern durch die Rückständigkeit der Partei gegenüber dem Proletariat.

Die SAG veröffentlicht diesen Aufsatz, weil er geeignet erscheint, die Auseinandersetzung in diesen Fragen zu beginnen und weil er sich scharf gegen den Mythos von der Avantgarde als kleiner Gruppe von Berufsrevolutionären wendet, wie es vielen Parteigründungsprojekten zu Grunde zu liegen scheint.)

Die beste Würdigung, die man einem so großen Revolutionär wie Trotzki, der alle "Verehrungen" verabscheute, zukommen lassen kann, ist eine kritische Überprüfung seiner eigenen Ideen. Wir

wollen ein Problem herausgreifen, das er als junger Revolutionär scharf durchleuchtet hat und das ihn Zeit seines Lebens immer geplagt hat, ein Problem, das sich noch heute stellt: die Beziehung zwischen Partei und Klasse und die Gefahr der Substituierung der Klasse durch die Partei.

Trotzkis Warnung

Sehr früh in seiner politischen Laufbahn im Alter von 24 Jahren prophezeite Trotzki, daß Lenins Auffassung von der Parteiorganisation in eine Situation führen müsse, wo die Partei an die Stelle der Klasse treten, wo sie stellvertretend im Namen der Klasse handeln werde, über die Köpfe und den Willen der Arbeiter hinweg. (Trotzki, Naschi Polititscheskie Sadatschi, Genf 1904, s. 54)

Dem leninschen Parteitypus einer Organisation von Berufsrevolutionären stellte Trotzki das Modell einer breiten Massenpartei gegenüber, wie er sie in den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas verwirklicht sah. Das einzige Pfand gegen die Gefahr des "Substitutionismus" - diesen Begriff prägte Trotzki - sah er in der Massenpartei, die demokratisch geführt und unter der Kontrolle der proletarischen Massen stehen sollte.

Er faßte seine Argumente mit der folgenden Warnung gegen jede Uniformität zusammen: "Die Aufgaben des neuen Regimes werden so vielseitig sein, daß sie gar nicht anders als im Wettbewerb zwischen verschiedenen Methoden wirtschaftlicher und politischer Art gelöst werden können. Es wird langer "Auseinandersetzungen" und eines systematischen Kampfes nicht nur zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Welt, sondern zwischen vielen Strömungen innerhalb des Sozialismus bedürfen. Solche Strömungen werden unvermeidlich im dem Augenblick auftreten, wo die proletarische Diktatur dutzende und hunderte neuer Probleme aufwirft. Keine einzelne "vorherrschende" Organisation wird... diese Strömungen und Kontroversen unterdrücken können... Ein Proletariat, das zu einer Diktatur

über die Gesellschaft befähigt ist, wird keine Diktatur über sich selbst dulden... Die Arbeiterklasse... wird zweifellos eine Menge politischer Invaliden..., einen großen Balast an veralteten Ideen mit sich schleppen, die über Bord geworfen werden müssen. In der Epoche der Diktatur wird sie, genau wie jetzt auch, ihr Bewußtsein von falschen Theorien und bürgerlichen Erfahrungen reinigen müssen und aus ihren Reihen politische Phrasendrescher und zurückblickende Revolutionäre ausstoßen...

Aber diese Aufgabe kann nicht dadurch gelöst werden, indem man über das Proletariat ein paar geschulte Leute stellt... oder gar eine Person, die mit der Macht zu liquidieren und zu degradieren ausgerüstet ist." (a.a.O., zitiert nach I. Deutscher, "L. Trotzki, Der bewaffnete Prophet", S. 98)

Die Geschichte des Bolschewismus nach 1917 scheint Trotzki's Warnungen von 1904 bestätigt zu haben. Aber Trotzki selbst nahm später diese Warnung nie wieder auf.

In dem vorliegenden Artikel werden wir versuchen aufzuzeigen, warum er diese Warnung nicht wieder aufnahm; wir werden dabei das Problem der Beziehung von Partei und Klasse im allgemeinen diskutieren.

Fortschrittlicher Substitutionismus

Der "Substitutionismus" liegt in der Tradition der russischen revolutionären Bewegung. In den "Sechzigern" und den "Siebzigern" des 19. Jahrhunderts stellten sich kleine Gruppen von revolutionären Intellektuellen der mächtigen Aristokratie entgegen, während die Bauernmassen, in deren Namen und Interessen diese heroischen Narodniki (Volkstümmler) handelten, indifferent blieben, ja ihnen sogar feindlich gesinnt waren.

In dem Morast der allgemeinen Apathie, vor dem Entstehen einer wie immer gearteten Massenbewegung, spielten diese kleinen Gruppen rebellischer Intellektueller eine wichtige, fortschrittliche Rolle. Auch Marx zollte ihnen großes Lob und Bewunderung. In dem Jahr als der "Volkswille" (Narodnaja Volja) zerschlagen wurde, schrieb er an seine älteste Tochter: "Das sind bewundernswerte Män-

ner, ohne jegliche melodramatische Pose, voller Einfachheit, wirkliche Helden."

"Substitutionismus" wird jedoch reaktionär, wird eine gefährliche politische Strömung, wenn eine sich erhebende Massenbewegung bereits existiert und die Partei versucht, sich an deren Stelle zu setzen.

Trotzki über die objektiven Voraussetzungen zur Vermeidung des Substitutionismus

Trotzki selbst glaubte nie, daß ein richtiger Begriff von der Partei und ihrer Rolle, sowie von ihrer Beziehung zur Klasse schon eine Garantie gegen die Gefahr des "Substitutionismus" und für wirkliche Demokratie in der politischen Arbeiterbewegung sei.

Die objektiven Bedingungen zur Vermeidung des "Substitutionismus" formuliert Trotzki auf dem zweiten Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (London 1903): "Die Herrschaft der Arbeiterklasse war undenkbar, solange die großen Massen diese nicht mit geeintem Willen herbeisehnten. In diesem Augenblick stellt dann die Arbeiterklasse eine überwältigende Mehrheit dar. Dieses wäre nicht die Diktatur einer kleinen Bande von Verschwörern oder einer Minderheitspartei, sondern einer ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl... Kurz gefaßt: sie würde den Sieg der wahren Demokratie darstellen."

Dieses Zitat aus dem "Kommunistischen Manifest" steht in absoluter Harmonie zu Trotzki's Kampf gegen den "Substitutionismus". Wenn die Mehrheit herrscht, dann gibt es keinen Platz für eine Minderheit, die als ihr Stellvertreter auftritt.

Etwa zur gleichen Zeit betonte Lenin mit ebenso großem Nachdruck, daß jede Diktatur des Proletariats, solange es selbst eine kleine Minderheit innerhalb der Gesellschaft sei, zu anti-demokratischen und in seinen Worten "reaktionären Schlüssen" führen.

Als Trotzki, seine eigenen Worte vergessend, die Bildung einer Arbeiterregierung als unmittelbares Ziel der revolutionären Bewegung in Rußland

... wollte, wandte sich Lenin scharf gegen ihn: "Das kann nicht sein! Es kann nicht sein, weil eine revolutionäre Diktatur des Proletariats sich nur über einen kurzen Zeitraum hinweg halten kann, wenn sie auf der übergroßen Mehrheit des Volkes ruht... Das Proletariat ist bei uns eine Minderheit. Wer immer den Sozialismus auf anderem Wege zu erreichen sucht, als über das Stadium der politischen Demokratie, wird unausweichlich zu den absurdesten und reaktionärsten Ergebnissen kommen, sowohl ökonomisch als auch politisch. (Lenin, Sotschinenija IX, S. 14)

Trotzkis Warnung vor dem "Substitutionismus" und seine Betonung der "Herrschaft der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit" als der einzigen Garantie gegen den "Substitutionismus" steht allerdings in einem schreienden Widerspruch zu seinem Ruf nach einer Arbeiterregierung im Jahr 1905 und 1917, als die Arbeiter selbst eine winzige Minderheit waren. Trotzki ist zerrissen in dem Widerspruch zwischen seiner in sich konsistenten, demokratischen und sozialistischen Opposition gegen jede Form des Substitutionalismus und seiner Theorie der permanenten Revolution, derzufolge die proletarische Minderheit im Namen aller Werktätigen handelt und für alle Unterdrückten der Gesellschaft die Herrschaft übernimmt.

Dieser Widerspruch ist allerdings nicht ein Ergebnis irgendwelcher Ungereimtheiten im Kopfe Trotzki's, sondern spiegelt die in der Gesellschaft objektiv vorhandenen Widersprüche wider. Der Charakter der Revolution, ja sogar ihr Zeitpunkt, ist nicht allein abhängig von der Größe der Arbeiterklasse, auch nicht vom Niveau ihres Bewußtseins und ihrer Organisation, sondern von vielen unterschiedlichen, ja sich widersprechenden Faktoren - ökonomischen Krisen, Kriegen oder anderen politischen Erschütterungen. Die zu einer revolutionären Situation führenden Faktoren sind nicht synchronisiert mit dem Grad der Aufklärung des Proletariats. Eine ganze Reihe von objektiven Umständen zwingt die Arbeiter zum revolutionären Aufstand, obwohl das

Bewußtsein der verschiedenen Sektoren und Gruppen der Arbeiterklasse noch ein sehr großes Gefälle aufweisen kann. In einem so zurückgebliebenen Land wie dem zaristischen Rußland, wo das allgemeine kulturelle Niveau der Arbeiter niedrig, die Tradition der proletarischen Organisation und Selbstaktivität schwach war, mußte auch das Bewußtseinsgefälle innerhalb der Arbeiterklasse besonders ausgeprägt sein. Zudem war die Arbeiterklasse insgesamt eine so verschwindende Minderheit, daß ihre Herrschaft, die Diktatur des Proletariats, nicht die Diktatur einer Mehrheit, sondern einer winzigen Minderheit sein würde.

Wie ließ sich dieses Dilemma der Revolution in Rußland überwinden, ohne auf der einen Seite eine Minderheitenherrschaft aufzubauen und ohne auf der anderen Seite in die passive, enthaltsame Haltung der Menschewiki zu verfallen ("Das Proletariat darf solange nicht die Macht übernehmen, wie es eine Minderheit in der Gesellschaft ist"). Trotzki versucht dieses Problem mit dem Hinweis auf zwei Faktoren aufzulösen: einerseits die revolutionäre Kraft und Aktivität der russischen Arbeiter, die andere gesellschaftliche Schichten mit sich reißen würde, zum anderen die Ausdehnung der Revolution auf entwickeltere Länder, wo das Proletariat die Mehrheit der Gesellschaft ausmachte.

Wie stellt sich aber das Problem des "Substitutionismus" dar, wenn der revolutionäre Impuls in Rußland selbst erst einmal versiegen würde und wenn sich vor allem die revolutionären Kämpfe in Westeuropa an den Felsen des Kapitalismus brechen würden?

Wie sich der "Substitutionismus" durchsetzte: Arbeiter gegen Bauern.

Das Verhältnis zwischen Partei und Klasse ist einmal durch das Niveau des kulturellen und revolutionären Bewußtseins der Arbeiterklasse geprägt, zum anderen durch das spezifische Gewicht der Arbeiterklasse innerhalb der gesamten Gesellschaft: durch die zahlenmäßige Größe der Klasse und durch ihre Beziehung zu anderen Klassen, vor allem - im Falle Rußlands - zur Bauernschaft.

Das Problem hätte einfach ausgese-

hen, wenn - wie die Menschewiki argumentierten - die Revolution eine rein bürgerliche oder - wie die Anarchisten und Sozialrevolutionäre argumentierten, die zwischen Bauern und Arbeitern keinen Unterschied machten - eine rein sozialistische gewesen wäre. Eine annähernde soziale Homogenität der revolutionären Klassen hätte eine sichere Grundlage abgegeben, um alle drohende Tendenzen im Keime zu ersticken, die auf eine Verdrängung und Ersetzung des Proletariats durch die marxistische Partei hinausliefen.

Die Oktoberrevolution war jedoch die Fusion zweier Revolutionen: die der sozialistischen Arbeiterklasse, Produkt des reifen Kapitalismus, und die der Bauern, Produkt des Konfliktes zwischen aufstrebendem Kapitalismus und den alten feudalen Institutionen. Wie zu allen Zeiten waren die Bauern zwar vollauf bereit, den Privatbesitz der Großgrundbesitzer zu enteignen, wollten aber ihren eigenen *p r i v a t e n* Kleinbesitz an dessen Stelle. Sie waren zwar bereit, gegen den Feudalismus zu revoltieren, waren aber deshalb noch keineswegs für den Sozialismus.

Es war daher auch nicht verwunderlich, daß sich sofort nach der Oktoberrevolution starke Risse in der siegreichen Allianz von Arbeitern und Bauern auftraten. Als erst einmal die weißen konterrevolutionären Armeen und mit ihnen die Gefahr der Restauration des Großgrundbesitzes vernichtet waren, blieb von der ursprünglichen Loyalität der Bauern gegenüber den Arbeitern wenig übrig. Für die Bauern war es *e i n e* Sache, einer Regierung ihre Unterstützung zu geben, die das Land verteilte; aber es war etwas ganz anderes, als dieselbe Regierung begann, ihre Produkte zu beschlagnehmen, um die hungrige Bevölkerung in den Städten zu füttern.

Der Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Bauern schlug sich schon unmittelbar nach der Oktoberrevolution nieder, als sich Lenin z.B. 1918 gezwungen sah, zu so antidemokratischen Maßnahmen wie der Einführung eines Klassenwahlrechts für die Räte zu greifen: eine Arbeiterstimme wog soviel wie 5 Bauernstimmen.

Die Revolution verschob das relative Gewicht von Proletariat und Bauern-

schaft zuungunsten des Proletariats.

Einmal führte der Bürgerkrieg (1917-1921) zu einem schrecklichen Aderlaß der Arbeiterklasse. Der Sieg der Arbeiterklasse in der Revolution brachte paradoxer Weise einen quantitativen und qualitativen Zerfall der Arbeiterklasse.

Da viele städtische Arbeiter enge Verbindungen mit den Dörfern hatten, eilte eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern sofort nach der Revolution zurück aufs Land, um bei der Landverteilung dabei zu sein. Diese Tendenz wurde durch die Nahrungsmittelknappheit verstärkt, unter der die Städte natürlich am härtesten zu leiden hatten. Weiterhin bestand die neue Rote Armee in scharfem Gegensatz zur alten zaristischen Armee zu einem wesentlich höheren Prozentsatz aus Industriearbeitern. Aus all diesen Gründen ging die städtische Bevölkerung und insbesondere die Zahl der Industriearbeiter zwischen 1917 und 1920 stark zurück. Die Bevölkerung von Petersburg sank um 57.5 %, die Moskaus um 44.5 %. Die Einwohnerschaft von 40 Provinzhauptstädten fiel um 33 % und die von 50 weiteren größeren Städten um 16.6 %. Je größer die Stadt, desto stärker der relative Bevölkerungsrückgang. Wie scharf der Rückgang war, läßt sich weiterhin durch die Tatsache illustrieren, daß die Zahl der Industriearbeiter von ca. 3 Millionen im Jahre 1917 auf 1.24 Millionen in den Jahren 1921/22 sank, ein Rückgang um 58.7 %! Die Zahl der Industriearbeiter sank also auf zwei Fünftel. Und die Arbeitsproduktivität der verbliebenen Arbeiter sank überproportional. (1920 betrug die Industrieproduktion Rußlands noch etwa 13 %, verglichen mit 1913).

Der größte Teil der verbliebenen Arbeiter setzte sich gerade aus den politisch unbewußtesten Elementen zusammen, die nicht für die Verteidigung der Revolution an den verschiedenen Fronten des Bürgerkriegs oder für die Verwaltung in Staat, Partei und Gewerkschaften gebraucht wurden. Die Staatsverwaltung und die Armee rekrutierten sich natürlicher Weise zum größten Teil aus den Sektionen der Arbeiter, die über die längste sozialistische Tradition, die größte politische Erfahrung und über den höchsten Bildungsstand verfügten.

Demoralisierung der Arbeiterklasse

Die Atomisierung und Zersplitterung der Arbeiterklasse hatte sogar noch schlimmere Folgen. Die Reste der Arbeiterklasse sahen sich auf Grund der Lebensmittelknappheit gezwungen, sich wie Kleinhändler zu verhalten, nicht wie ein Kollektiv, wie eine vereinigte Klasse. Es gibt Schätzungen, nach denen der Staat in den Jahren 1919/20 nur 42 % des insgesamt in den Städten verbrauchten Getreides und einen noch geringeren Teil der übrigen Lebensmittel beschaffen konnte. Alles andere wurde ohnehin auf dem Schwarzmarkt gehandelt. (L.Kritsma: "Garoičeskij Period Velikoi Russkoi Revoljutsij, S.133-36). Es war allgemein üblich, daß die Arbeiter Möbelstücke und Kleidung, ebenso Gürtel und Werkzeuge aus den Fabriken, in denen sie arbeiteten, verkaufte.

Welch eine Atomisierung und Demoralisierung der industriellen Arbeiterklasse! In seiner Lebensweise unterschied sich der Einzelarbeiter kaum vom Bauern. Auch er war abhängig vom individuellen Schwarzhandel. So schilderte Rudsutak diesen Zustand auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß im Jahre 1919: "Wir können beobachten, daß sich die Arbeiter auf Grund des Niedergangs der Produktion in den Fabriken zunehmend in die Bauernmassen integrieren und daß eine halb-bäuerliche, in manchen Fällen sogar eine rein bäuerliche Bevölkerung an die Stelle einer Arbeiterbevölkerung tritt." (Wotoroj Wserossiskij Seds Professionalnyk Soyusow, 1921, S. 138).

Unter solchen Bedingungen zerbröckelte die Klassenbasis der Bolschewistischen Partei - nicht weil die Bolschewisten in ihrer Politik irgendwelche Fehler gemacht hätten, nicht auf Grund der einen oder anderen Konzeption der Partei in ihrer Beziehung zur Klasse - sondern auf Grund mächtigerer historischer Faktoren. Die Arbeiterklasse hatte sich "de-klassiert".

Es ist wahr, daß Lenin im Mai 1921 aus Verzweiflung sagte: "Selbst wenn das Proletariat durch eine Periode der Deklassierung gehen muß, so kann es seine Aufgabe, die Macht zu erobern und festzuhalten, immer noch erfüllen."

Aber was für eine "substitutionalistische" Formulierung ist das! Klassen-

herrschaft der deklassierten Arbeiter - das Grinsen der Ceshire-Katze bleibt zurück, nachdem die Katze selbst schon verschwunden ist!

Der "Substitutionismus" der Narodniki war im Wesentlichen eine Folge, nicht Ursache der allgemeinen Apathie und Gleichgültigkeit des Volkes, die selber Resultate objektiver gesellschaftlicher Bedingungen waren. Auch jetzt war der Substitutionismus der Bolschewiki nicht ein Produkt aus Lenins Kopf, nicht eine Minerva aus dem Kopfe des Zeus, sondern ein Kind der objektiven Entwicklung, d.h. vor allem eines langen Bürgerkrieges in einem vorwiegend agrarischen Land, der dazu geführt hatte, daß eine zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse noch mehr geschwächt wurde, sich in einzelne Fragmente auflöste und in den Bauernmassen unterging.

Ein Vergleich mag klären helfen, wie der "Substitutionsismus" nach der Oktoberrevolution entstanden war. Man stelle sich nur einmal einen Massenstreik vor, der nach einer längeren Periode des Kampfes die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter verloren hat, da diese müde und demoralisiert sind. Nur eine Minderheit der Streikenden besetzt noch die Streikposten - angegriffen von den Bossen und zurückgewiesen von der Mehrheit der Arbeiter. Diese tragische Situation wiederholt sich auf den Schlachtfeldern des Klassenkampfes wieder und wieder. Angesichts der "Weißen Garden", im Bewußtsein, daß dem Volk ein schreckliches Blutbad drohte, falls sie den Kampf aufgäben, und im Bewußtsein ihrer eigenen Isolierung konnten die Bolschewiki keinen anderen Ausweg aus einer historischen Sackgasse finden.

Ersetzung der Partei durch den Parteiapparat

Von dieser Situation bis zur Abschaffung der innerparteilichen Demokratie und bis zur Errichtung der Funktionärsherrschaft innerhalb der Partei war es nur noch ein kleiner Schritt.

Ganz im Gegensatz zu jeder stalinistischen Mythologie - aber auch im Gegensatz zur Mythologie der Menschewiki und anderer Gegner der Bolschewiki - war die Bolschewistische Partei niemals eine monolithische oder totalitäre Partei. Interne Demokratie war immer von größter Bedeutung für das Parteilieben, aber aus diesem oder jenem Grund wird in einem Großteil der Literatur zu diesem Thema darüber hinweggesehen.

Es ist daher der Mühe wert, sich ein paar Fälle vor Augen zu führen, die den Grad der innerparteilichen Demokratie und das Fehlen monolithischer Strukturen in der Geschichte der Bolschewiki beleuchten. Nach der endgültigen Niederlage der ersten Revolution machte die Partei etwa 1907 eine politische Krise über die Frage der Beteiligung an den zaristischen Duma-Wahlen durch. Auf dem 3. Parteitag der SDARP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands), der im Juli 1907 stattfand und an dem sowohl die Menschewiki als auch die Bolschewiki als Fraktionen teilnahmen, entstand eine merkwürdige Situation: alle bolschewistischen Delegierten mit der Ausnahme Lenins stimmten für einen Boykott der Duma-Wahlen. Lenin stimmte mit den Menschewiki. Drei Jahre später verabschiedete ein Plenum des Zentralkomitees der Bolschewiki eine Resolution, in der die Einheit mit den Menschewiki gefordert wurde. Wieder war Lenin der einzige Dissident.

Als der erste Weltkrieg ausbrach, stimmte nicht eine einzige Parteilinie für die von Lenin vertretene Position des revolutionären Defätismus, wie er sich in der Losung "Für eine Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg" ausdrückte. (Vgl. L. Trotzki, Die Geschichte der russischen Revolution, London 1932, Bd.1, S.59). Und in einem Prozeß gegen einige bolschewistische Führer im Jahre 1915 distanzten sich Kamenew und zwei weitere bolschewistische Duma-Abgeordnete von Lenins Position des revolutionären Defätismus vor Gericht. (A.a.O.; ebenso: Lenin, Sotschinenija, XXI, S. 432).

Nach der Februar-Revolution war die große Mehrheit der Parteiführer gegen eine revolutionäre Räteregierung und für die Unterstützung der provisorischen Koalitionsregierung. Die bolschewistische Fraktion besaß am 2. März 1917 40 Mitglieder in der Petersburger Sowjet-Regierung. Als über eine Resolution abgestimmt wurde, in der die Übertragung der politischen Macht auf die bürgerliche Koalitionsregierung gefordert wurde, stimmten nur 19 der 40 Bolschewiki dagegen.

(A. Schlapnikow, Das Jahr 17 (russisch), Moskau 1924, Bd. L, S.197). Auf einem Treffen des Petersburger Parteikomitees am 5. März 1917 erhielt eine Resolution für die Bildung einer revolutionären

Räteregierung nur eine Stimme. (A.S. Bubnow u.a., VPK(b), Moskau-Leningrad 1931, S.113). Die Prawda, zu dieser Zeit von Stalin herausgegeben, bezog ebenfalls eine Position, die man in keiner Weise als revolutionär bezeichnen kann. Die Prawda sprach ihre entschlossene Unterstützung für die Provisorische Regierung aus, "insofern sie gegen Reaktion und Konterrevolution kämpft" (Prawda, 15. März 1917). Als Lenin Anfang April 1917 nach Rußland zurückgekehrt war und der Partei seine berühmten gewordenen Aprilthesen vorlegte, die als Wegweiser zur Oktoberrevolution dienten, erhielt er Unterstützung nur von einer schwachen Minderheit.

Die Prawda kommentierte die Aprilthesen mit der Bemerkung, daß sie "Lenins persönliche Meinung" darstellten und daß sie "völlig unannehmbar" seien (Prawda, 8. April 1917). Auf einer Sitzung des Petersburger Parteikomitees am 8. April 1917 erhielten die "Thesen" nur 2 Stimmen gegen 13, bei einer Enthaltung (Bubnow, a.a.O., S. 114). Auf dem Parteitag vom 14. bis zum 22. April gewannen die Thesen jedoch eine Mehrheit von 71 gegen 39 Stimmen, bei 8 Enthaltungen. (VKP(b) v Resoluziach, 4. Ausgabe, Bd.I, S.258). Der gleiche Parteitag überstimmte Lenin in einer anderen Frage: ob die Partei an der bevorstehenden Konferenz der Sozialistischen Parteien in Stockholm teilnehmen solle. Gegen seine Ansicht entschloß sich der Parteitag für eine volle Teilnahme. (Lenin, Sotschinenija, 3. Auflage, Bd. XX, S.652).

Für den 14. September hatte Kerenskij eine "demokratische Konferenz" einberufen. Lenin war für einen Boykott dieser Konferenz. Das Zentralkomitee unterstützte seine Position mit 9:8 Stimmen, da die Abstimmung jedoch so knapp ausgefallen war, überließ man die letzte Entscheidung darüber dem Parteitag, der sich aus der bolschewistischen Fraktion dieser "demokratischen Konferenz" konstituieren sollte. Diese Sitzung beschloß mit 77 gegen 50 Stimmen, die Konferenz nicht zu boykottieren (Lenin, a.a.O., Bd. XXI, S.626).

Nach der Oktoberrevolution

Als die bedeutendste aller Fragen, die Frage des Oktoberaufstandes, auf der Tagesordnung stand, war die Führung wiederum scharf gespalten. Eine starke Fraktion, angeführt von Sinowjew, Rykow, Kamenew, Pjatanow,

Miljutin und Nogin war gegen den Aufstand. Trotzdem wurden Sinowjew und Kamenew vom Zentralkomitee ins Politbüro gewählt.

Nach der Machtübernahme blieben die Differenzen innerhalb der Parteispitze so scharf wie zuvor. Einige Tage nach dem Aufstand sprach sich eine Anzahl von Parteiführern für eine Koalition mit anderen sozialistischen Parteien aus. Zu den offensten Befürwortern dieser Koalition gehörten Rykow (Volkskommissar für Inneres), Miljutin (Volkskommissar für Industrie und Handel), Lunatscharsky (Kommissar für Arbeit), Kamenew (Präsident der Republik) und Sinowjew. Sie gingen so weit, ihre Ämter niederzulegen, und zwangen so Lenin und seine Anhänger zu offenen Verhandlungen mit den anderen Parteien. (Die Verhandlungen brachen zusammen, weil die Menschewiki auf dem Ausschluß Lenins und Trotzki aus einer Koalitionsregierung bestanden). In der Frage, ob die Wahlen für eine konstituierende Versammlung (im Dezember 1917) durchgeführt oder verschoben werden sollten, befand sich Lenin in einer Minderheit im Zentralkomitee und die Wahlen wurden gegen seinen Willen durchgeführt. (Trotzki, "Stalin", London 1947, S.341-2). Etwas später wurde er wiederum in der Frage der Friedensverhandlungen mit Deutschland in Brest-Litowsk niedergestimmt. Er war für einen sofortigen Frieden. Aber auf einer Sitzung des Zentralkomitees am 21. Januar 1918 erhielt seine Resolution nur 15 Stimmen gegen die der Bucharin-Anhänger mit 32 und die der Trotzki-Anhänger mit 16 Stimmen. (Bucharin war für einen revolutionären Verteidigungskrieg, Trotzki vertrat die Position "Weder Krieg noch Frieden").

Auf einer Sitzung des Zentralkomitees am nächsten Tag wurde Lenin erneut überstimmt. Aber schließlich konnte er sich unter dem Druck der Ereignisse durchsetzen, so daß die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees für seine Position eintrat. Auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 24. Februar wurde seine Resolution für einen sofortigen Frieden mit sieben gegen vier Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. (Ebenda, S.512).

Die innerparteiliche Demokratie zerbrach jedoch unter dem Druck der objektiven Verhältnisse des Bürgerkriegs, wie sie oben angedeutet wurden. In der Situation der Isolation fürchtete sich die Partei immer mehr, laut zu denken, Meinungsverschiedenheiten offen auszutragen. Es war, als befände sie sich in einem kleinen Ruderboot inmitten eines Sturmes. Die Atmosphäre der freien Diskussion erstarrte notwendigerweise. Die Verletzungen der innerparteilichen Demokratie wurden schlimmer und schlimmer. K. Yurennew schilderte auf dem 9. Parteitag 1920 die Methoden, mit denen die Kritiker unterdrückt wurden: "Einer geht nach Christiania, der andere wird in den Ural geschickt, ein dritter - nach Sibirien" (IX Sessd RKP(b), S.52). Er sagte, daß sich das Zentralkomitee der Partei nicht wie ein "verantwortungsbewußter Diener, sondern als unverantwortlicher Herrscher" erwiesen hätte. Auf demselben Kongreß stellte V.N. Maximowski den "bürokratischen Zentralismus", für dessen Afukommen die Führung verantwortlich sei, dem "demokratischen Zentralismus" gegenüber. Sein Kommentar dazu war: "Man sagt, daß Fische am Kopf zu stinken beginnen. Die Partei beginnt an ihrer Spitze unter einem bürokratischen Zentralismus zu leiden" (A.a.O., S.62). Und Sapranow erklärte: "Wieviel Ihr auch immer über das Recht der Wählbarkeit, über die Diktatur des Proletariats, über die Sorge des ZK um die Herrschaft der Partei reden mögt, in Wirklichkeit läuft alles auf die Diktatur der Parteibürokratie hinaus!" (A.a.O., S.56-7). Auf dem 11. Kongreß sagte Rjasanow: "Unser Zentralkomitee ist überhaupt eine ganz besondere Institution. Vom englischen Parlament sagt man, es sei allmächtig, es sei bloß nicht in der Lage, einen Mann in eine Frau zu verwandeln. Unser Zentralkomitee ist mächtiger: es hat bereits mehr als einen Revolutionär in ein altes Weib verwandelt. Und die Zahl dieser alten Weiber ist unglaublich rasch gestiegen." (IX. Sessd RKP(b), S.83). V. Kosior nannte eine Reihe von Fällen, wo örtliche Führungsgremien der Partei und der Gewerkschaften durch Entscheidungen des Politbüros und des Organisationsbüros aufgelöst worden waren. Auf dem 12. Parteitag beschwerte sich Preobraschensky, daß 30 % aller Sekretäre der Bezirkspar-

teikomitees auf "Vorschlag" des Zentralkomitees der Partei in ihre Ämter eingesetzt worden waren. (XIII. Sess RKP (b), S.133). Von hier bis zur uneingeschränkten Herrschaft des Generalsekretärs war es nur noch ein kleiner Schritt.

Die Tragödie der isolierten russischen Revolution

Ohne Zögern läßt sich sagen, daß die stellvertretende Machtausübung der Marxistischen Partei an Stelle der Arbeiterklasse selbst die Folge einer anderen Form des Substitutionismus ist: überall dort, wo eine schwache Arbeiterklasse die historische Aufgabe einer kapitalistischen Klasse zu übernehmen gezwungen ist, d.h. überall dort, wo der Kapitalismus sich in seinen Anfängen steckt und die Mehrheit der Bevölkerung aus Kleinkapitalisten (Bauern) besteht, ist auch die Gefahr der Verselbständigung der Marxistischen Partei von ihrer ursprünglichen Klassenbasis groß. Und diese Form des Substitutionismus führt zu weiteren: nämlich zur Herrschaftsausübung des Parteibeamtentums an Stelle der Partei und schließlich zur individuellen Diktatur des Generalsekretärs.

Marx und Engels haben sich mehr als einmal mit der Frage auseinandergesetzt, was geschähe, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffe, bevor die historischen Voraussetzungen für eine Ablösung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische gegeben seien. Sie kamen zu dem Schluß, daß in einem solchen Falle die Arbeiterklasse den Weg für die Entwicklung des Kapitalismus bereiten würde. Engels schrieb:

"Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert... Er findet sich notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: was er tun kann, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun soll, ist nicht durchzuführen. Er ist mit einem Wort gezwungen, nicht seine Partei, seine Klasse, sondern die Klasse zu vertreten,

für deren Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigene Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eignen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren." (Engels, Der deutsche Bauernkrieg, Ost-Berlin 1955, S.111-2).

Nur die Ausdehnung der Revolution hätte den Bolschewismus vor diesem tragischen Schicksal bewahren können. Und von dieser Möglichkeit machten die Bolschewiki ihr Schicksal abhängig. Nur Enthaltensapostel und Feiglinge konnten den Bolschewiki raten, die revolutionären Fähigkeiten des russischen Proletariats nicht bis zur äußersten Grenze auszuschöpfen, etwa aus Furcht, sich in eine Sackgasse zu begeben. Das Handeln der Bolschewiki war geleitet von revolutionärer Tatkraft und internationalen Perspektiven.

Klasse, Partei und Staat - die Gefahr des Substitutionismus

Aber wenn wir sagen, daß der von den Bolschewiki aufgebaute Staat nicht nur den Willen der Partei, sondern die Totalität der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der sich die Bolschewiki nach der Machtübernahme befanden, widerspiegelt, so läßt sich daraus nicht schließen, daß es zwischen bolschewistischem Zentralismus - dessen Basis eine Hierarchie von Berufsrevolutionären war - und dem zukünftigen Stalinismus überhaupt keine ursächlichen Beziehungen gab. Untersuchen wir diese Frage eingehender:

Die Notwendigkeit für eine revolutionäre Partei leitet sich her aus der Tatsache, daß die verschiedenen Sektionen und Gruppen von Arbeitern ein unterschiedliches kulturelles Niveau und Bewußtsein erreichen. Wenn die Arbeiterklasse ideologisch eine homogene Klasse wäre, dann wäre eine homogene revolutionäre Führung überflüssig. Aber die Revolution läßt nicht auf sich warten, bis die Massen insgesamt ein gewisses intellektuelles Niveau oder Niveau des Klassenbewußtseines erreicht haben. Unter der materiellen und geistigen Unterdrückung im Kapitalismus erreichen die verschiedenen Arbeiterschichten einen unterschiedlichen Grad an Selbständigkeit von der

herrschenden Klasse. Gabe es nicht dieses Bewußtseinsgefälle innerhalb der Arbeiterklasse - die kapitalistischen Klassen würden in den entwickelten Ländern kaum mehr eine soziale Basis für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Herrschaft finden. Unter solchen Bedingungen könnte der Klassenkampf geradlinig und ohne große Sprünge fortschreiten. Ja, von Klassenkampf könnte kaum die Rede sein: der Antagonismus innerhalb der Arbeiterklasse - die Bedrohung durch Streikbrecher (Arbeiter) und Polizisten und Soldaten (Arbeiter in Uniform) - bestünde nicht. Wäre die Arbeiterklasse in sich homogen, bedürfte es auch keines Arbeiterstaates: Macht durch Zwangsausübung nach der Revolution wäre überflüssig. Aber die Revolution wird nicht die Form solcher anarchistischer Tagträume annehmen. Proletarische Disziplin im Kapitalismus und unmittelbar nach einer sozialistischen Revolution wird einmal ermöglicht durch die organisatorische Trennung von bewußten und unbewußten Arbeitern, d.h. durch die Existenz einer Führung, zum anderen durch die kombinierte Anwendung von Zwang und Überzeugung - die Arbeiterklasse kann sich nicht mit einem Federstrich von den Geburtsmalen der kapitalistischen Barbarei freimachen.

Unter dem Kapitalismus erlebt der Arbeiter Disziplin als eine äußerliche, ihm aufgezwungene Macht, als eine Macht, die das Kapital ihm gegenüber besitzt. Im Sozialismus wird die Disziplin ein Ergebnis des Bewußtseins sein, sie wird zur Lebensart eines freien Volkes. In der Übergangsperiode wird sie als Resultat zweier Faktoren wirken - des Bewußtseins und des Zwangs. Kollektiver Besitz der Produktionsmittel durch die Arbeiter, d.h. durch den Arbeiterstaat ermöglicht Arbeiterdisziplin als Element der Bewußtheit. Zur gleichen Zeit wird die Arbeiterklasse als Kollektiv durch ihre Institutionen - Räte, Gewerkschaften etc. - , insofern diese der Disziplinierung des Einzelarbeiters dienen, als Zwangsgewalt auftreten.

Dieser Konflikt zwischen Einzelnem und Kollektiv, die Notwendigkeit, Überzeugung mit ihrem häßlichen Gegenteil, Zwang, zu verbinden, ist nur eine Bestätigung dafür, daß die Arbeiter sich im Kapitalismus geistig nicht befreien können und daß es einer großen historischen Epoche bedarf, bis die Defe-

mationen des Bewußtseins durch den Kapitalismus überwunden sein werden.

Wir stimmen mit den Anarchisten überein, daß der Staat und auch der Arbeiterstaat ein häßlicher Sproß der Klassengesellschaft ist. Aber der Beginn der eigentlichen Geschichte, ebenso wie das Absterben des Staates überhaupt, setzt die Existenz eines gefestigten Arbeiterstaates voraus.

Die Notwendigkeit einer Partei oder von Parteien ist selbst Beweis für die Zersplitterung der Arbeiter. Die intellektuelle Kluft zwischen Klasse und Partei wird umso größer sein, je zurückgebliebener die Arbeiterklasse kulturell ist und je geringer ihre Fähigkeiten zur Selbstverwaltung ausgebildet sind. Aus diesem Bewußtseinsgefälle innerhalb der Arbeiterklasse entsteht die große Gefahr einer Verselbständigung der Partei und ihres Apparates, die darin enden kann, daß sie Herrscher und nicht Diener der Klasse ist. Dieses Bewußtseinsgefälle ist die Hauptquelle der Gefahr des "Substitutionismus".

Die Geschichte des Bolschewismus bis zur Revolution spricht Bände über Lenins Kampf gegen diese Gefahr. Wie oft wandte er sich an die Massen der Arbeiter - insbesondere in den stürmischen Monaten des Jahres 1917 ! Wie oft wandte er sich gegen die schwankende, kompromißlerische Parteiführung und ihren Apparat.

Trotzki analysierte das Verhältnis zwischen Lenin, den Massen und dem Parteiapparat in den knappen Sätzen: "Lenins Position war nicht nur deshalb so stark, weil er die Gesetze des Klassenkampfes verstand, sondern auch, weil er ein scharfes Gespür für alle Regungen der in Bewegung geratenen Massen besaß. Er repräsentierte nicht so sehr den Parteiapparat als die Vorhut des Proletariats. Er war überzeugt, daß tausende von gerade jenen Arbeitern ihn unterstützen würden, die in der Phase der Illegalität und des Krieges die Partei unter großen Opfern unterstützt hatten. Die Massen waren zu diesem Zeitpunkt revolutionärer als die Partei und die Partei war revolutionärer als der Parteiapparat. Schon seit März 1917 war die tatsächliche Haltung der Arbeiter und Soldaten in vielen Situationen stürmisch hervor- gebrochen und entsprach weitgehend nicht mehr den Losungen der Par-

teien, die Bolschewiki eingeschlossen... Auf der anderen Seite war der Parteiapparat als eine konservierende, hemmende Kraft eben erst im Begriff zu entstehen... Lenin hatte auf die Partei nicht so sehr Einfluß als Einzelperson, sondern weil er den Einfluß der Klasse auf die Partei und der Partei auf den Parteiapparat verkörperte."(1) (Trotzki, "Stalin", S.204).

Menschen machen Geschichte, und wenn die in einer Partei organisierten Menschen auch einen größeren Einfluß auf den Gang der Ereignisse besitzen als ihre relative Zahl es vermuten ließe, so muß immerhin festgestellt werden, daß sie ihre Geschichte nicht nach persönlichem Gutdünken gestalten. Ihr größeres spezifisches Gewicht ist nicht eine Funktion ihrer Persönlichkeiten und Charaktere, ebensowenig wie der Gang der allgemeinen Geschichte ihrer Klasse, ja ihrer eigenen Rolle darin.

Letzten Endes ist die Aktivität der Klasse selbst und der dadurch erzeugte Druck nicht nur auf den Klassenfeind, sondern auf den eigenen Agenten, d.h. die revolutionäre Partei, die einzige Waffe, mit der eine "Substitution" der Partei für die Klasse und damit die Verwandlung der Partei in eine konservative Kraft verhindert werden kann.

Trotzki macht die Not zur Tugend

Es ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes zu zeigen, wie weit Trotzki im einzelnen dabei ging, die Not zur Tugend zu machen, in welche extreme Verallgemeinerungen er verfiel, um antidemokratische, gegen die Herrschaft der Klasse gerichtete Maßnahmen zu rechtfertigen. Es mag ausreichen, seine Argumente für eine "Militarisierung der Arbeit" zu erwähnen, d.h. für eine vom Staat auferlegte Zwangsarbeit, aus dem Jahre 1921. Die Gewerkschaften, so forderte er, sollten verstaatlicht werden. Wir brauchen "einen neuen Typ von Gewerkschafter, den energiegeladenen, einfallreichen ökonomischen Organisator, der Wirtschaftsfragen nicht von der Seite der Verteilung und des Konsums aus betrachtet, sondern allein vom Gesichtspunkt der Produktion; der nicht daran gewöhnt ist, durch die Brille derjenigen zu sehen, die der Sowjetregierung immer nur fordernd und verhandelnd gegenüber treten, sondern

der alles mit den Augen eines ökonomischen Organisators betrachtet." (Trotzki, zitiert nach I.Deutscher, "Soviet Trade Unions", London 1950, S.42). Was bedeutet da noch "Verteidigung der Arbeitervor dem Staat", ~~und~~ gar vor dem Arbeiterstaat? Kann die Gewerkschaft dies vernachlässigen? Trotzki beantwortet diese Frage nicht, er formuliert sie nicht einmal! "Militarisierung", sagte er auf dem 9. Parteitag, "ist undenkbar ohne die Militarisierung der Gewerkschaften selbst, d.h. ohne die Errichtung eines Regimes, in der jeder Arbeiter sich als Soldat der Arbeit versteht, der nicht frei über sich verfügen kann; wenn der Befehl kommt, daß er versetzt werden soll, so muß er ihn ausführen; führt er ihm nicht aus, wird er wie ein Deserteur behandelt und bestraft werden. Wer besorgt das? Die Gewerkschaft. Sie bildet das neue Regime. Das ist die Militarisierung der Arbeiterklasse." (IX Sess, RKP(b), S.101)

1924 ging Trotzki noch einen Schritt weiter. Er sagte: "Keiner von uns wünscht oder ist dazu in der Lage, den Willen der Partei anzuzweifeln. Die Partei hat letztlich immer recht, weil die Partei das einzige historische Instrument ist, mittels dessen das Proletariat seine grundlegenden Probleme lösen kann. Ich habe bereits festgestellt, daß es nichts einfacheres gibt, als sich vor seine Partei hinzustellen und Fehler zu reklamieren, nichts einfacheres, als zu sagen: 'Da, seht! All meine Kritik! Meine Worte! Meine Warnungen! Meine Proteste! Das Ganze war einfach ein Fehler!' Genossen, genau das kann ich jedoch nicht sagen, weil ich es nicht denke! Ich weiß, daß man nicht gegen die Partei recht haben darf. Man kann nur im Recht sein mit der Partei und durch die Partei, denn die Geschichte kennt keinen anderen Weg, Recht zu bekommen. Die Engländer kennen ein Sprichwort, das heißt: 'Right or wrong - my country'. Mit viel größerer historischer Berechtigung können wir sagen: 'Recht oder Unrecht - meine Partei'... Und wenn die Partei einen Beschluß gefaßt hat, den der eine oder andere nicht für gerechtfertigt hält, muß er sagen: richtig oder falsch, es handelt sich um einen Beschluß meiner Partei und ich unterstütze die Folgerungen dieses Beschlusses bis zu ihrem logischen Ende." (XIII Sess RKP(b), Moskau 1924, S.165-6) (2)

Die Rolle des Marxisten in der Arbeiterbewegung

Als Ausgangspunkt für eine Analyse des Verhältnisses zwischen revolutionärer Partei und Arbeiterklasse soll uns ein Satz aus der "Kommunistischen Manifest" dienen: "Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl." Auf Grund des wesentlich höheren kulturellen Niveaus der Arbeiter in den modernen Industrieländern, ihrer größeren Selbständigkeit und Organisationsfähigkeit, ihrer relativ ausgeprägteren sozialen Homogenität (nicht umzingelt von Bauernmassen!) im Vergleich zur russischen Arbeiterklasse von 1917 können wir zu dem Schluß kommen, daß das Bewußtseinsgefälle der Massen vor, während und nach der Revolution viel geringer sein wird als in Rußland, auch wenn es nicht völlig verschwunden sein wird.

Daraus lassen sich eine Reihe weiterer Schlüsse ziehen: erstens im Hinblick auf die Größe der revolutionären Partei im Verhältnis zur Arbeiterklasse insgesamt. Im Oktober 1906 zählte die Sozialdemokratische Partei Rußlands (beide Fraktionen, Bolschewiki und Menschewiki) 70 000 Mitglieder. Zur gleichen Zeit zählte der jüdische "Bund" 33 000 Mitglieder, die polnischen Sozialdemokraten 23 000 Mitglieder, die lettischen Sozialdemokraten 13 000 Mitglieder. Insgesamt betrug die Zahl der in den illegalen sozialistischen Parteien Organisierten ca. 144 000. (Lenin, Sotschinenija, X, S.483). Im August 1917 hatten die Bolschewiki 200 000 Mitglieder. Im Durchschnitt waren 5.4 % der Industriearbeiter in 25 Städten Mitglieder der Bolschewistischen Partei (VI. Sessd RKP(b), Moskau 1958, S.390).

Wenn das Verhältnis von Parteimitgliedschaft zur Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern dem in Rußland von 1905 oder 1917 entspreche, müßte die Partei Millionen von Mitgliedern haben. Auf Grund der geringeren Differenzierung des Bewußtseins und des kulturellen Niveaus müßte die relative Stärke der Partei sogar noch größer als in Rußland sein. (Die Legalität der Arbeiterparteien verstärkt diese Ten-

denz noch). Wer immer unter dem Eindruck der aktuellen Größe der reformistischen Parteien zu gegensätzlichen Ergebnissen kommt, versteht nicht die Rolle der Massen im revolutionären Kampf. Die reformistische Partei ist hauptsächlich ein Apparat zur Sammlung von Stimmen für Parlaments- und sonstige Wahlen. Daher ist sich auch nicht auf die aktive Teilnahme der Massen angewiesen. Alles in allem erachten es die Anhänger einer solchen Partei nicht für notwendig, sich aktiv in das Parteileben einzuschalten. Oft genug lesen sie nicht einmal ihre Presse. Die a k t i v e Unterstützung einer revolutionären Partei durch größere Massen muß dazu führen, daß sich eine vergleichsweise größere Anzahl von Arbeitern einer solchen Partei anschließt. Daraus wird deutlich, daß kleine Gruppen in keiner Weise ein Ersatz für die revolutionäre Massenpartei und erst recht nicht für die kämpferische Masse der Arbeiter selbst sein können. (3)

Was läßt sich nun über das Verhältnis zwischen revolutionärer Partei und Klasse sagen?

Jede Partei, ob reformistisch oder revolutionär, ob konservativ oder liberal, wird versuchen, Anhänger und Unterstützung zu gewinnen, um sie zu diesem oder jenem Ziel zu führen. Die revolutionäre Partei versucht das auch. Aber hier hört die Ähnlichkeit auf. Die Methoden, mit der eine revolutionäre Führung aufgebaut wird, und der Charakter dieser Führung selbst sind dem Modell bürgerlicher oder reformistischer Parteien diametral entgegensetzen.

Wir können uns drei Arten von Führung vorstellen, die wir aus Mangel an besseren Begriffen folgendermaßen bezeichnen wollen: die des Lehrers, die des Vorarbeiters und des Vorgesetzten und die des Kampfgenossen. Kleine Sekten verstehen sich oft als "Lehrer der Arbeiterklasse". Sie huldigen dem Schulmeistersozialismus. Didaktische Methoden treten an die Stelle der Teilnahme am Kampf selbst. Die zweite Art der politischen Führung, das Verhältnis Vorarbeiter-Arbeiter, Offizier-Soldat finden wir bei allen reformistischen und stalinstischen Parteien: die Führung sitzt in einem Vorstand und beschließt,

ohne aktive Teilnahme der Arbeiter selbst, die jeweilige "Linie". Bei den Arten der politischen Führung gemeinsam ist, daß die Direktiven nur in eine Richtung gehen: die Führer halten den Massen gegenüber einen Monolog. Die dritte Art der Führung können wir mit einem Streikkomitee vergleichen. Die revolutionäre Partei muß einen ständigen Dialog mit den außerhalb der Partei stehenden Arbeitern führen. Die Partei wird dementsprechend ihre Taktiken nicht frei erfinden, sondern es sich zur wichtigsten Aufgabe machen, von den Erfahrungen der Massenbewegung zu lernen, und von diesen zu verallgemeinern. Die großen Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung stellen die Richtigkeit dieses Weges über allen Zweifel. Die Arbeiter der Pariser Kommune 1871 errichteten einen neuen Staat, einen Staat ohne stehende Armee, ohne Bürokratie, einen Staat, in dem alle Beamten und öffentlichen Funktionsträger jederzeit abwählbar waren und den Durchschnittslohn eines Arbeiters erhielten usw., bevor Marx damit begann, verallgemeinernde Aussagen über die Natur und die Struktur eines Arbeiterstaates aufzustellen. Ein anderes Beispiel ist das der Petersburger Arbeiter, die 1905 unabhängig von der bolschewistischen Partei, ja sogar gegen den Willen der lokalen bolschewistischen Parteiführung einen Arbeiterrat bildeten. Lenin nahm eine argwöhnische, wenn nicht sogar ablehnende Stellung zum Petersburger Arbeiterrat ein. Wir müssen Rosa Luxemburg beipflichten, wenn sie 1904 schreibt: "Die Kampftaktik der Sozialdemokratie wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht 'erfunden', sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Auch hier geht das Unbewußte vor dem Bewußtsein, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger." (Die neue Zeit, 1904, S.491).

Die Aufgabe der Marxisten ist es, die lebendige, sich ständig weiter entwickelnde Erfahrung des Klassenkampfes zu verallgemeinern, um dem instinktiven Drang der Arbeiterklasse, die Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage zu reorganisieren, bewußten Ausdruck zu verleihen.

Da die Arbeiterklasse alles andere

als ein monolithischer Block ist und weil der Weg, der zum Sozialismus führt, keineswegs erkundet ist, können und müssen große Differenzen über Strategie und Taktik innerhalb der revolutionären Partei existieren. Die Alternative hierzu ist eine bürokratische Partei oder die Sekte mit ihren "Führern". Wenn daher Trotzki in Bausch und Bogen behauptet, daß "jeder ernsthafte Fraktionskampf in einer Partei letztlich immer eine Widerspiegelung des Klassenkampfes ist" (Trotzki, In Defense of Marxism, New York 1942, S.60), so können wir das nur bedauern. Das grenzt an vulgär-materialistische Interpretationen des menschlichen Denkens, das als geradliniges Produkt der jeweiligen materialistischen Bedingungen hingestellt wird. Der Druck welcher Klassen trennte Lenin von Luxemburg (1904), Trotzki von Lenin (1903-1917), welche Verschiebungen des Klassenmilieus liegen dem Zick-Zack-Kurs eines Plechanow zugrunde: 1903 mit Lenin, 1903 gegen Lenin, 1905 gegen Lenin, dann wieder mit Lenin und schließlich, das ist richtig, sein endgültiger Bruch mit Lenin und mit der revolutionären Bewegung überhaupt. Lassen sich die Differenzen in den Imperialismustheorien Lenins und Luxemburgs aus einer Analyse ihrer Stellung in der Klassengesellschaft ableiten? Der wissenschaftliche Sozialismus lebt und entwickelt sich aus der Kontroverse. Und Wissenschaftler, die von gleichen Grundannahmen ausgehen, können zu unterschiedlichen Hypothesen gelangen. Dies nicht nur im wissenschaftlichen Sozialismus, sondern auf allen Gebieten der Forschung.

Damit die Partei mit der Masse einen Dialog führen kann, muß sie nicht nur Vertrauen in die unerschöpflichen Fähigkeiten der handelnden Arbeiterklasse haben. Die Partei muß auch die Situation innerhalb eines Landes richtig einschätzen und sie muß auch die materiellen und moralischen Verhältnisse, in denen sich die Arbeiterklasse zu jedem Zeitpunkt befindet, kennen. Jede Selbsttäuschung der Partei muß den Dialog abschneiden und ihn in einen langweiligen Monolog verwandeln.

Die Partei muß sich dem Ganzen unterordnen. Und deshalb muß die in-

partei dem Verhältnis der Partei zur Klasse entsprechen. Der Manager einer Fabrik kann und muß seine Pläne im geheimen entwickeln, um dann die Arbeiter vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die revolutionäre Partei, die sich anschickt, den Kapitalismus zu stürzen, kann nicht einen Begriff der innerparteilichen Diskussion teilen, der die aktive Teilnahme der Arbeitermassen ausschließt. Die Ergebnisse derartiger Diskussionen sind meist "einstimmige" Beschlüsse, die der Klasse dann als vollendete Tatsache vorgesetzt werden. Da die revolutionäre Partei keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen haben kann, sind alle Probleme, die die Partei hat, auch Probleme der Klasse. So sollten sie deshalb der Klasse stets offen dargelegt werden.

Die offene, freie Diskussion, wie sie oft in Streikversammlungen zu beobachten ist und die darauf abzielt, einen Beschluß herbeizuführen, der die Einheit in der Aktion ermöglicht, sollte auch in der revolutionären Partei vorherrschen. Das bedeutet, daß die Diskussionen über alle wichtigen Fragen in hellem Tageslicht geführt werden sollten, in den allen zugänglichen Presseorganen der Partei. Die Masse der Arbeiter soll an den Diskussionen teilnehmen können, soll Druck auf die Partei, ihren Apparat, ihre Führung ausüben (4).

Die revolutionäre Partei sollte sich vor allem am "Kommunistischen Manifest" orientieren, wenn es dort heißt:

"In welchem Verhältnis stehen die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt? Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur

durch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

(übersetzt von Volkhard Mosler)

Anmerkungen:

(1) Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß Trotzki die Gefahren des bürokratischen Konservatismus innerhalb der trotzkistischen Organisationen mit einem Federstrich beiseite schob und sich in vulgär-materialistische Interpretationen des Bürokratismus flüchtete. Als J.P.Cannon, der Führer der amerikanischen Trotzkiisten, bürokratischer, konservativer Verhaltensweisen beschuldigt wurde, wandte Trotzki ein, diese Beschuldigungen basierten auf einer "rein psychologischen Abstraktion, da diesem Konservatismus keine spezifischen gesellschaftlichen Interessen sichtbar zugrunde lägen." (Trotzki, "In Defense of Marxism", New York 1942, S.81). Welche sozialen Interessen, vertrat dann jener Parteiapparatschik, als dessen Archetyp Stalin gilt, in der Periode vor 1917?

(2) Trotzki's und Lenins Haltung gegenüber dem Kronstädter Aufstand werden oft von Menschewiki, Anarchisten und anderen linken Kritikern als Beispiel der bürokratischen Unterdrückung genannt. In Wirklichkeit war der Kronstädter Aufstand zunächst ein Aufstand der Bauern und Halbbauern gegen die Städte. Daher nahm die gesamte innerparteiliche Opposition - Schlapnikows und Kollontais "Arbeiteropposition" eingeschlossen - aktiv an seiner Niederschlagung teil; und in seinen Fußstapfen folgte die Politik der Konzessionen an den Kleinkapitalismus, an die Bauernschaft, die NEP (Neue ökonomische Politik). Die Frage des Kronstädter Aufstands, ebenso wie die Geschichte der frühen Oppositions-

gruppen, ist ein faszinierendes Thema, das eine besondere Untersuchung verdient.

(3) Niemand in Rußland zweifelte 1917 daran, daß Trotzki politische Gruppe allein - die Meschrajonzi, die vor ihrem Anschluß an die Bolschewiki etwa 4000 Mitglieder hatte - viel zu klein war, als daß sie einen ernsthaften Einfluß auf den Gang der Ereignisse hätte ausüben können. Ähnlich kann man Trotzki's Äußerung von 1921 über die KAPD verstehen: "Nicht mehr als 30 - 40 000 Mitglieder." Trotzki wollte damit die geringe politische Bedeutung der KAPD kennzeichnen. (Trotzki, The First Five Years of the Communist International, London 1953, Bd. II, S.26)

(4) In einigen Fällen ist die Geheimhaltung gerechtfertigt und jeder klassenbewußte Arbeiter wird das verstehen. So wie Streikversammlungen für die Kapitalisten und ihre Zeitungsleute und andere Agenten geschlossen werden können, so gibt es Momente im Leben der revolutionären

Partei, die geheim gehalten werden müssen. Aber in allen solchen Fällen sollte die Partei dazu in der Lage sein, dies vor den Arbeitern zu vertreten und sie davon zu überzeugen, daß keine grundlegenden politischen Entscheidungen vor ihnen verborgen werden sollen.

Aktion Hausbesetzung!

Unterstützt den Versuch von deutschen und ausländischen Arbeiterfamilien, sich selbst gegen die Wohnungsmisere zu organisieren und dem Makler- und Mietterror Widerstand zu leisten.

Spendet auf das Konto 30-154 637
der Stadtparkasse Frankfurt,
Eva Michel, Kennwort: Hausbesetzung

Alte Nummern der SOZIALISTISCHEN CORRESPONDENZ: 48/49, 50, 51, 54, 55 je DM 1, 52/53 DM 2.-. Einzelbestellungen Briefmarken, Buchhandlungen gegen Überweisung oder Scheck.

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Myllusstrasse 58
Telefon (0611) 72 75 78

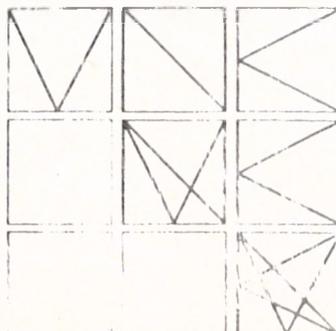
Hans Jürgen Krahl
Konstitution und Klassenkampf
Zur historischen Dialektik
von bürgerlicher
Emanzipation und proletarischer
Revolution
ca. 360 Seiten, ca. DM 10,00

Illustrierte Geschichte der
russischen Revolution
Fotomechanischer Nachdruck
der Erstausgabe von 1928,
Format 28,5 x 21 cm
225 Illustrationen
592 Seiten, flexibler Einband
im Schuber
DM 50,00
Studienausgabe
DM 23,00

Illustrierte Geschichte der
deutschen Revolution
Fotomechanischer Nachdruck
der Erstausgabe von 1929,
Format 28,5 x 21 cm
508 Seiten, flexibler Einband
im Schuber
DM 50,00
Studienausgabe DM 20,00

Sportanfertigkeit und Aktion
im „Wohlfahrtsstaat“
Die schwedischen Massenstreiks
im Winter 1939/70
ca. 160 Seiten, ca. DM 10,00

Probleme sozialistischer
Politik Band 26



agit-buch-vertrieb-gmbh 6000 frankfurt 90

neuerscheinung junius-drucke

karl august witffogel
wirtschaft und gesellschaft chinas
versuch der wissenschaftlichen
analyse einer grossen asiatischen
agrargesellschaft
reprint der erstausgabe von 1931
792 seiten dm 18,00

witffogels 1931 veröffentlichtes
buch war der grossangelegte versuch,
die theorie der "asiatischen
produktionsweise" an der
wirtschaftsgeschichte "einer grossen
asiatischen agrargesellschaft" zu
entfalten und damit zugleich die
gesellschaftlichen voraussetzungen
darzustellen, auf die der
imperialismus in asien getroffen
ist und auf die die revolution dort
zurückgeht.

Witziger strasse 67c telefon 77 91 57

GESCHICHTE DER

Band I

Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJ

KOMMUNISTISCHEN

Band II

Gründung und Aufbau

der KJ

JUGEND

Band III

Der Kampf um die Massen Vom II. zum V. Weltkongreß

pro Band
ca. DM 7,-

INTERNATIONALE

**trikont
verlagskooperative**

8 München 80
Josephsburgstraße 18
Tel. 43 38 74
BAG-Nr. 16-515

WILHELM WILHELM

Schulungstexte:

Lohnarbeit und Kapital
Lohn, Preis und Profit
Staat und Revolution

Marxistische Arbeiterschulung Ökonomie
Marxistische Arbeiterschulung Geschichte der Arbeiterbewegung

Alle deutschsprachigen Texte aus der Volksrepublik China

WILHELM WILHELM

am Opernplatz 10

Bücher zu allen politischen Fragen